

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Rot-grüne Friedenspolitik? Kriegsvorbereitungen in entscheidender Phase

3

Eine beunruhigende Debatte um die Folter

8

Stadt Göttingen unterstützt als erste Kommune die Ziele von attac

12

Konsum stagniert, Investitionen auch – welche Konsequenzen zieht ver.di?

15

Biodiversitätspolitik der UN führt zur Privatisierung

21



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTEILIG

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- ☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

HAFTSTRAFEN AUSSETZEN. Ein Vorschlag, der nicht nur für das Land Berlin interessant ist, meldet ngo-online.de:

Angesichts der dauerhaft und inzwischen dramatisch überfüllten Gefängnisse in der Hauptstadt hat der Berliner Vollzugsbeirat (BVB) Justizsenatorin Karin Schubert mehrere Vorschläge zum Abbau der Überbelegung unterbreitet. Die aktuell wichtigste Maßnahme sei, die Vollstreckung kurzer Haftstrafen aufzuschieben. Überfüllte Haftanstalten führten zu Gewalt und machten eine Resozialisierung der Täter unmöglich. „Die Gefangenen sind mehr der schädlichen Subkultur des Knastes ausgesetzt, der Haften Einfluss ist negativ statt positiv“, sagte Heischel. Kurze Haftstrafen, etwa für wiederholtes Schwarzfahren oder wiederholten Ladendiebstahl, sollten daher erst einmal nicht mehr vollstreckt werden. Heischel: „Es wird geschaut, ob die Verurteilten noch einmal auffällig werden. Klauen sie noch mal, landen sie im Knast.“ Sind sie dagegen längere Zeit gesetzestreu, wird die Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt.

„Die Erfahrungen mit dieser Vollstreckungsaussetzung in den achtziger Jahren waren sehr positiv“, betont Heischel. „Mit 70 Prozent der Täter musste sich die Justiz nicht mehr beschäftigen. Diese Quote ist besser als der beste Knast!“ Denn für das Modell kommen nur Kleinkriminelle in Betracht. Diese ließen sich durch die dann bei jeder Dummheit drohende Haft gut abschrecken und würden nicht in die schlechte Gesellschaft in den Justizvollzugsanstalten geraten. „Die Bediensteten können sich dann um die wirklichen Problemfälle kümmern. Das dürfte die Rückfallquoten entlassener Häftlinge verringern, und damit wäre dann allen gedient.“

WENIGER ASYL. Das Bundesinnenministerium veröffentlichte jetzt die Januarzahlen zum Asyl.

Im Januar 2003 haben in Deutschland 6.124 Personen Asyl beantragt. Im Vergleich zu Januar 2002 sank die Anzahl der Asylbewerber um 1.638 Personen (- 21,1 Prozent). Wie schon in den letzten zwölf Monaten hat damit erneut die Zahl der Asylanträge im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich abgenommen. Der Asylozugang aus dem Irak mit 1.022 Erstanträgen bleibt dabei jedoch weiterhin auf hohem Niveau (siehe hierzu aber die folgende Meldung!).

Hauptherkunftsländer im Januar 2003 waren: Irak, Türkei, Jugoslawien, Russische Föderation, Iran, Afghanistan. Als Asylberechtigte anerkannt wurden 163 Personen (2,0 Prozent). Abschiebungsschutz nach § 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes erhielten 279 Personen (3,3 Prozent). Abgelehnt wurden die Anträge von 5.708 Personen (68,4 Prozent). Auf sonstige Weise erledigt (z.B. durch Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 2.199 Personen (26,3 Prozent).

GRENZEN DICHT. Der deutsche Sonderweg im Fall des Irak gilt nicht nur für die Außenpolitik. Während eine mögliche militärische Auseinandersetzung am Golf täglich näher rückt, hat die Anerkennungsquote irakischer Asylsuchender im Januar einen historischen Tiefstand erreicht. Nach jüngsten Angaben des Bundesamtes für Migration erhielten im vergangenen Monat lediglich knapp über 12 % der Antragsteller im Erstverfahren einen Aufenthaltsstatus. In den Jahren 2000 und 2001 lag die Quote noch bei rund 65 %. „Der sogenannte deutsche Sonderweg, den die Bundesregierung weist, führt für Flüchtlinge aus dem Irak auf dem direkten Wege zurück in den Verfolgerstaat“, sagt Thomas Uwer, Referent der Hilfsorganisation WADI e.V. Dass die Anerkennungspraxis exakt zu einem Zeitpunkt umschwenkt, zu dem ein Krieg im Irak absehbar wird, kann kaum als Zufall durchgehen. Verbessert hat sich die Menschenrechtslage im Irak seitdem nicht.

GEGEN MISSBRAUCH. Die tschechische Initiativgruppe für das Versöhnungskreuz von Teplice nad Metuji (Wekelsdorf) hat sich gegen einen möglichen Missbrauch des Aufsehen erregenden Projekts durch Vertriebene gewandt. Man empfinde es einerseits als Ehre, dass die deutsche Organisation „Zentrum gegen Vertreibungen“ der Gruppe den Franz-Werfel-Preis verleihe, teilte die tschechische Initiative am Donnerstag mit. Das Kreuz sei aber nicht nur Sudetendeutschen, sondern allen Opfern von Nationalitätenkonflikten gewidmet, hieß es.

Prags Jüdische Gemeinde warnte das „Zentrum gegen Vertreibungen“ ausdrücklich vor einer Missachtung von Werfels Namen. Man befürchte, dass der Schriftsteller für politische Ziele vereinnahmt werde, unterstrich Vorsitzender Tomas Jelinek in einem Brief, der am Donnerstag veröffentlicht wurde. Es würden gefährliche Parallelen zwischen dem Holocaust und Vertreibungen gezogen.

Auch Tschechiens Botschafter in Berlin, Boris Lazar, warnte das „Zentrum gegen Vertreibungen“ vor einer „schändlichen Instrumentalisierung“. In Teplice nad Metuji war im September eine Gedenkstätte für 22 Sudetendeutsche und eine Tschechin enthüllt worden, die dort 1945 von tschechischen Soldaten ermordet wurden. Das Kreuz war auch auf Ablehnung gestoßen. Neben der Gruppe wird der Wissenschaftler Mihran Dabrag geehrt. Er baute an der Universität Bochum ein Institut für Diaspora- und Genozidforschung auf. Das Preisgeld von 10000 Euro wird geteilt. Der nach dem deutsch-jüdischen Schriftsteller Werfel benannte Preis wird voraussichtlich im Juni erstmals verliehen.

Quelle: dpa 6.2.03

Hinweis: Die Politischen Berichte können unter www.gnn-archiv.staticip.de als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Kriegsvorbereitungen gegen Irak in entscheidender Phase

Weltweite Friedensbewegung ...

Mehr als 10 Millionen Menschen demonstrierten am 15.2. in aller Welt gegen den drohenden Irakkrieg, in den USA selbst, in Kanada, Mittel- und Südamerika, in Europa, dem Mittleren Osten, im Süden Afrikas, in Asien, Australien und Neuseeland – noch nie hat es eine so große, koordinierte internationale Aktion gegeben. Besonders eindrucksvoll war die Mobilisierung in Großbritannien, Italien und Spanien, den europäischen Ländern also, deren Regierungen den Kriegskurs offen unterstützen. Beeindruckend auch die Entwicklung der Antikriegsbewegung in den USA, deren jüngste Aktionen die *Neue Zürcher Zeitung* zu dem Kommentar veranlassten, „dass man in den Geschichtsbüchern bis zu den Vietnam-Demonstrationen Anfang der siebziger Jahre zurückblättern muss, um auf eine vergleichbare Protestwelle ... zu stoßen“.¹

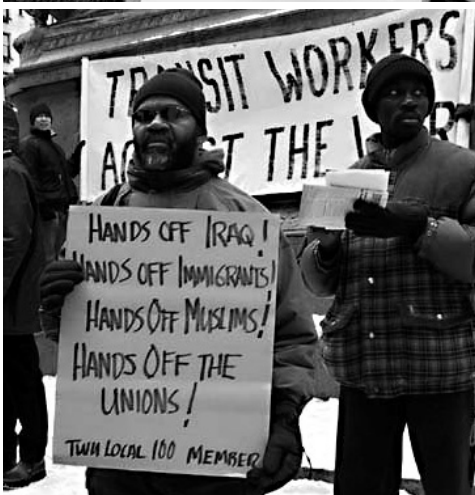
Nicht nur auf den Straßen macht sich die Antikriegsbewegung in den USA bemerkbar. Von zumindest den deutschsprachigen Medien fast völlig totgeschwiegen, hat sich eine breite Front der Ablehnung eines Präventivkrieges entwickelt, in die sich auch und nicht zuletzt die Gewerkschaftsbewegung, insbesondere auf lokaler Ebene und auf der Ebene der Bundesstaaten², und vor allem zahlreiche Kommunen und sogar Bundesstaaten eingereiht haben. Bis zum 23.2. haben die kommunalen Parlamente von 107 Städten, darunter Großstädte wie Los Angeles, San Francisco, Chicago, Detroit, Philadelphia, Austin, Baltimore, Cleveland, und Landkreisen sowie die Parlamente der beiden Bundesstaaten Hawaii und Maine Resolutionen verabschiedet, in denen sie Stellung gegen den Irak-Krieg beziehen. Wir dokumentieren in dieser Ausgabe zwei dieser Resolutionen, die ungefähr die Bandbreite dieser tagtäglich anwachsenden Bewegung „Cities for Peace“³ und den Konflikt zwischen dem Zentralstaat und der Bundesstaaten- bzw. kommunalen Ebene deutlich machen. Auch auf andere Länder strahlt diese von US-Kommunen ausgehende Bewegung aus. In Japan z.B. haben sich zahlreiche Städte angeschlossen, erste Städte auch in Australien, Großbritannien, und in der BRD bisher München und Berlin. Hier haben bisher über 10.000 Menschen, darunter 1.200 kommunale Mandatsträger, den Prignitzer Appell unterschrieben, einen Initiative kommunaler Abgeordneter gegen den

Krieg.⁴

... wachsende Bedrohung

Doch gleichzeitig und augenscheinlich nur wenig beeindruckt durch die Antikriegsbewegung in den Ländern des NATO-Bündnisses und in aller Welt spitzen die US-Alliierten den Irakkonflikt weiter zu. Zunächst hatte UN-Chefinspektor Blix den Irak ultimativ aufgefordert, bis zum 1. März mit der Zerstörung aller Al-Samud-2-Raketen und ihrer Bauteile zu beginnen. Er begründete das damit, dass die fraglichen Raketen 183 bzw. 162 km weit fliegen und damit über eine größere Reichweite als die von der UNO in einer früheren Resolution festgelegten 150 km. Die Sache ist jedoch alles andere als eindeutig. Der Irak argumentiert, dass die Raketen nicht weiter als 150 km fliegen, sobald sie mit Sprengköpfen und elektronischen Führungssystemen ausgerüstet seien. Das Angebot, dies durch Tests unter Beweis zu stellen, wies Blix strikt zurück. Für den Irak, das verlautet aus dem Weißen Haus selbst, sind die Al-Samud-2-Raketen für die Abwehr eines Militärschlages von großer Bedeutung⁵. Vernichtete er die Raketen, wäre die irakische Armee, deren Kampfwillen angesichts der überwältigenden militärischen Übermacht der Alliierten und auch aufgrund der Erfahrungen des letzten Golfkrieges als nicht sehr groß eingeschätzt wird, eines Großteils ihrer Distanzwaffen beraubt, mit denen sie sich gegen eine Invasion der alliierten Streitkräfte aus dem Norden und dem Süden noch verteidigen könnte. Vernichtete er sie nicht, kann er eines Beschlusses des UN-Sicherheitsrates zum Angriff sicher sein.

Die USA, deren Aufmarsch im Wesentlichen abgeschlossen ist, haben jedoch nicht einmal die irakische Antwort auf das Ultimatum abgewartet. Kurz nach dem Blix-Ultimatum, am 24.2., legten sie dem UN-Sicherheitsrat gemeinsam mit Großbritannien und Spanien einen Resolutionsentwurf vor, in dem festgestellt wird, „dass der Irak eine Erklärung gemäß der Resolution 1441 vorgelegt hat, die falsche Angaben und Auslassungen enthält, und dass er es versäumt hat, diese Resolution zu erfüllen und bei ihrer Umsetzung vollständig zu kooperieren“. Entsprechend solle der Sicherheitsrat beschließen, „dass der Irak es versäumt hat, die letzte Gelegenheit, die ihm in Resolution 1441 gegeben wurde, zu nutzen“. Die USA wollen eine Entscheidung bis Mit-



Demonstrationen am 15.2. (v.o.n.u.) Berlin (Arbeiterfotografie), Transportarbeiter in New York (indymedia ny), gemeinsame israelisch-palästinensische Demonstration in Tel Aviv (gush shalom)

te März, man spricht von einem Zeitpunkt rund um den 10. März.

Ebenfalls am 24.2. haben Frankreich, Russland und Deutschland, unterstützt von China, dem Sicherheitsrat ein eigenes Memorandum vorgelegt, dessen Inhalt allgemein als „Gegenkurs“ zum US-Kriegskurs gehandelt wird. Die Initiatoren fordern zur Durchsetzung der vollen und effektiven Abrüstung in Übereinstimmung mit den entsprechenden UN-Resolutionen die Verlängerung und Verstärkung der Inspektionen, eine klare Zeitlinie und die Aufrechterhaltung des militärischen Aufmarsches, um einen „maximalen Druck auf den Irak auszuüben“. Im Memorandum heißt es: „Die militärische Option sollte nur ein letztes Mittel sein. Bislang sind die Bedingungen zur Gewaltanwendung gegen den Irak nicht erfüllt.“

Lässt man den Konflikt in Sachen Irak, wie er sich zwischen den USA und Großbritannien auf der einen und insbesondere der BRD auf der anderen Seite im letzten Halbjahr entwickelt hat, einmal Revue passieren, dann zeigt sich: Noch an jedem Punkt, an dem die rot-grüne Bundesregierung ihre kriegsablehnenden Stellungnahmen nur ein kriegsbehindernde Taten hätte untermauern können, hat sie genau das nicht getan. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan wurde zur Entlastung v.a. der USA ver-

stärkt, die Spürpanzer samt Besatzungen aus Kuwait wurden und werden nicht abgezogen, die Nutzung der Militärstützpunkte in der BRD für den Aufmarsch am Golf nicht untersagt, Überflugrechte auch für den Fall eines offen völkerrechtswidrigen Präventivkrieges nicht verweigert (anders übrigens die Schweiz). Schon mit der EU-Resolution hat sich die Bundesregierung für Krieg als letztes Mittel ausgesprochen, und als es darum ging, die Unterstützung der NATO für die Vorbereitung des Angriffskrieges von türkischem Boden aus zu blockieren, hat sie nach einem Scheingefecht sang- und klanglos zugestimmt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hat die Bundesregierung ihr Nein zum Krieg aufgegeben, auch wenn sie sich im Innern mit schönen Worten bemüht, ihre Taten zu vertuschen.

Im von Schröder/Fischer unterstützten Memorandum ist die Opposition gegen einen Krieg aufgegeben.

Streng genommen, rät die französisch-deutsch-russische Seite im Sicherheitsrat jetzt dazu, zunächst die Entwaffnung des Irak voranzutreiben, das heißt konkret – siehe oben – die Zerstörung der Samud-Raketen, und damit die Möglichkeiten der Gegenwehr zu minimieren. In seiner letzten Regierungserklärung hatte Schröder die deutsch-französischen Vorschläge als Vorschläge zur „fried-

lichen, vollständigen und dauerhaften Überwachung“ des Irak charakterisiert und ausgeführt: „Diese Vorschläge beinhalten unter anderem die dauerhafte Überwachung einschlägiger Anlagen und wirksamen Kontrollen des Exports, aber auch des Endverbleibs kritischer Güter ...“⁶ Nicht anders als die USA und Großbritannien und unbeschadet aller Differenzen verfolgt die deutsch-französische Achse das Ziel der Unterwerfung des Irak und der Schaffung einer Art Protektorat. Denn ihre angeblichen Alternativen eröffnen dem Irak keinerlei Perspektive einer unabhängigen Entwicklung und des friedlichen Zusammenlebens, und sie lassen keine Selbstbeschränkung, keine Selbstbindung erkennen, weder in den Zielen noch letztlich in den Mitteln. Deshalb sind sie Bestandteil der Drohkulisse, reihen sich ein in das Szenario des Aufmarsches und der Bedrohung und bieten keinen Anhaltspunkt für eine wirksame Opposition gegen den Krieg.

Der rot-grünen Regierung ist es in den letzten Wochen mit einigem Erfolg gelungen, größere Teile der Friedensbewegung für ihre Außenpolitik zu vereinnahmen. So heißt es in der Abschlusserklärung der Berliner Großdemonstration ausdrücklich: „Wir unterstützen den Antikriegskurs der Bundesregierung.“⁷ Doch ohne Kampf um die Außenpolitik,



Am 13. Februar präsentierten 30 von damals 90 Stadträten ihre Forderungen im Nationalen Presseclub am Regierungssitz

Der Stadtrat von Urbana, einer Stadt in Illinois mit knapp 40.000 Einwohnern, mehrheitlich mit Hochschulabschluss, Sitz der Universität von Illinois, hat eine besonders weitreichende Resolution beschlossen, die wir hier dokumentieren. Auf S. 6 folgt die Resolutionen von Maine.

City Council of the City of Urbana [Stadtrat von Urbana], US-Bundesstaat Illinois

Resolution gegen einen Krieg gegen den Irak

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS sich die zwischen dem Irak und der Weltgemeinschaft bestehenden Probleme nicht als solche erwiesen haben, die nicht mit herkömmlichen diplomatischen Mitteln ge-

löst werden können;
IN ANBETRACHT DESSEN, DASS die Vereinigten Staaten, gesetzlich und moralisch, dazu verpflichtet sind, internationale Probleme in Übereinstimmung mit dem Internationalen [öffentlichen] Recht und der Charta der Vereinten Nationen zu lösen;
IN ANBETRACHT DESSEN, DASS der Krieg mit dem Irak das Leben der amerikanischen Soldaten in Gefahr bringen wird und viele unschuldige irakische Zivilisten töten wird – ohne dadurch den Schutz und die Sicherheit von U.S. Bürgern zu gewährleisten;
IN ANBETRACHT DESSEN, DASS die dem Irak – auf Verlangen der Vereinigten Staaten – durch die Vereinten Nationen auferlegten Sanktionen zum Tod von Hunderttausenden von Nicht-Kombattanten

geführt haben, darunter eine überwältigende Anzahl von solchen unter 5 Jahren;
IN ANBETRACHT DESSEN, DASS der vergangene militärische Konflikt in dieser Region weitreichende Zerstörungen der Lebensbedingungen und lang anhaltende Gesundheitsprobleme für die Irakis und für die U.S.-Soldaten zur Folge hatte – Auswirkungen, die bislang weder gelindert noch richtig aufgeklärt wurden;
IN ANBETRACHT DESSEN, DASS endgültige Sicherheit für die Einwohner von Urbana [im einzelnen] und für die Vereinigten Staaten insgesamt davon abhängig ist, dass mit allen Nationen kooperativ zusammengearbeitet wird – um Armut, Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Absinken des Lebensstandards sowie andere Faktoren zu beseitigen, die Krieg und Terror-

ohne Kritik ihrer Ziele und ohne die Formulierung eigener, auf Entwicklung, Zusammenarbeit und Verständigung, gegen Herrschaft und Unterwerfung gerichteten Ziele ist der Kampf gegen den Krieg nicht zu gewinnen. scc

- 1 NZZ, 16.2., Bushs Irak-Diplomatie in der Defensive
- 2 Viele Resolutionen und Stellungnahmen finden sich unter: <http://uslaboragainstar.org/> – In den Beschlüssen mehrerer Stadträte gegen den Krieg wird ausdrücklich auch auf die Stellungnahmen der örtlichen Gewerkschaften Bezug genommen, z.B. in Cleveland, s. auch Fußnote 3
- 3 <http://www.ips-dc.org/citiesforpeace/>
- 4 Stand 4.2., s. unter: http://www.pds-online.de/politik/themen/prignitzer_appell/index.htm
Die Münchner Resolution sowie eine Presseerklärung der PDS im Münchner Stadtrat findet sich unter: <http://www.pds-muenchen-stadtrat.de/!Journal/!j-frames.htm>
Die Berliner Resolution ist zu finden unter: <http://www.pds-berlin.de/politik/dok/2003/030220ahds.html>
- 5 NZZ online, 22.2., Die UNO stellt dem Irak ein Ultimatum
- 6 Regierungserklärung vom 13.2., siehe unter: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/regierungserklaerung.html>
- 7 siehe unter: www.friedensratschlag.de – Die Einschränkung, dass jetzt konkrete Taten folgen müssten, ist dadurch entwertet, dass die Taten einschließlich der Unterlassungen nicht wirklich zur Kenntnis genommen bzw. bewertet werden.

EU, USA

Hegemonialanspruch der Unionsebene versus Interessenslage der kommunalen, regionalen und mitgliedstaatlichen Ebene

Die „verstärkte Zusammenarbeit“, die Deutschland und Frankreich seit Inkrafttreten des Nizza-Vertrags am 1. Februar 2003 innerhalb der EU betreiben können, basiert im Wesentlichen auf der bilateralen Übereinkunft, die anlässlich des 40. Jahrestags des sogen. „Elysee-Vertrags“ im Januar vereinbart wurde. Sie ermöglicht der deutschen Seite jetzt die Nutzung eines erheblich erweiterten außenpolitischen und militärpolitischen Handlungsspielraums. Dieser reicht nunmehr ständig bis hinein in den Kreis der Vetorechts-Inhaber des UN-Sicherheitsrats. Und er greift jetzt weit über die NATO hinaus. Das betrifft die Teilhabe an einem weltmeerfähigen Flottenverband (Flugzeugträger, Atom-U-Boote), es betrifft die Teilhabe an einem Raketenverband – der u. a. Nuklearsprengkörper (spricht: Massenvernichtungsmittel ...) einsetzen kann, und es betrifft die exklusive Teilhabe an der Weltraum-Rakete Ariane sowie an dem diesbezüglichen Startgelände im südamerikanischen Französisch-Guyana. Wie sich sofort herausgestellt

hat, wurzelt das Interesse an der NATO-Zugehörigkeit auf Seiten der betreffenden Länder Nord-, Mittel- und Süd-Osteuropas nicht nur in den Erfahrungen, welche herrühren aus der Unterordnung unter die Hegemonialmacht des ehemaligen COMECON bzw. des ehemaligen Warschauer Pakts. Sondern es wurzelt auch in Erfahrungen, welche herrühren aus der Hegemonialpolitik des Deutschen Reichs und des Habsburger Reichs in dieser anderen Hälfte Europas. Was dort sofort begriffen wurde, war: Im Verbund mit dem Nicht-NATO-Mitglied Frankreich kann Deutschland Fesseln abstreifen, die durch die NATO immerhin noch auferlegt sind! Dies war der eine Grund, warum sich sämtliche Länder ost-/südostwärts von Deutschland sofort des Rückhalts der USA bzw. der NATO vergewisserten.

Hierarchisierung durch Abstufen der Entscheidungsteilhabe

Der andere Grund wurzelt in dem existentiellen Interesse an der Gleichstellung der Mitgliedsstaaten innerhalb der EU –

rismus hervorbringen;

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS die für den Staatshaushalt zuständige Kongress-Behörde schätzt, dass eine Militäraktion gegen den Irak unsere Nation zwischen 9 bis 13 Billionen Dollar pro Monat kosten wird – was weitere Einschnitte bei den bundesstaatlich finanzierten Projekten und Programmen, die unserer Stadt und unseren Bürgern zugute kommen, nach sich ziehen wird;

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS die Kosten eines Kriegs und der damit einhergehende weitere Anstieg der Defizite drastische Auswirkungen mit sich brächte für die Einwohner des Bundesstaats Illinois, der bereits jetzt konfrontiert ist mit der viertschlimmsten Haushaltskrise im Land, sowie mit dem Umstand, dass auch 80% der Schuldistrikte im Bundesstaat dieses Jahr eine Haushaltskrise gegenwärtigen, sowie mit dem Umstand, dass die Stadt Urbana dieses Jahr den Wegfall von Finanzausgleichsmitteln aus dem Staatshaushalt gegenwärtigen muss;

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS die Billionen von Dollars, die für den Krieg ausgegeben werden sollen, besser ausgegeben werden sollten für Schulen, Ernährung, Gesundheitsfürsorge, Wohnungsbau, Infrastruktureinrichtungen, und – ganz allgemein – zur Beseitigung der Armut;

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS der Widerstand gegen einen Krieg gegen den Irak ständig anwächst – was an Folgendem gesehen werden kann: bis heute ha-

ben 42 Städte Anti-Kriegs-Resolutionen beschlossen; geschätzte 250.000 [Menschen] haben in Washington demonstriert, um einen Krieg zu verhindern; die Katholische Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten, das Welt-Konzil der Kirchen, NAACP und zahlreiche Vereinigungen sind gegen den Krieg; und örtliche Friedensdemonstrationen finden seit einem Jahr durchschnittlich einmal pro Woche statt;

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS die Bürger von Urbana und ihre örtlichen gewählten Vertreter das verfassungsmäßige Recht haben, in dieser Angelegenheit von außerordentlicher Bedeutung für unsere Kommune eine Petition an die Bundesregierung zu richten – als Teil der nationalen und internationalen Debatte, die jetzt stattfindet;

SEI DAHER HIERMIT BESCHLOSSEN, dass wir, die Mitglieder des Stadtrats von Urbana, eine U.S. Invasion in den Irak ablehnen; und

SEI HIERMIT AUSSERDEM BESCHLOSSEN, dass wir von den Vereinigten Staaten verlangen, [erstens] im Rahmen der Vereinten Nationen darauf hinzuwirken, dass der Irak entwaffnet wird – und [zweitens] die Verpflichtung unserer Nation auf die Einhaltung des Rechts in allen internationalen Beziehungen zu bekräftigen; und

SEI HIERMIT AUSSERDEM BESCHLOSSEN, dass wir die Regierung der Vereinigten Staaten aufrufen, alle Schritte da-

hingehend zu unternehmen, dass die UN-Sanktionen gegen den Irak aufgehoben werden, und

SEI HIERMIT AUSSERDEM BESCHLOSSEN, dass wir von den Vereinigten Staaten verlangen, beizutragen zur Milderung und Heilung der Haushaltskrise, mit welcher die Mehrheit der Bundesstaaten konfrontiert ist – sowie [von der Unionsebene] verlangen, dass sie die Bundesmittel für die einzelnen Bundesstaaten, für die Schuldistrikte und für die selbstverwalteten Städte anhebt; und
SEI HIERMIT AUSSERDEM BESCHLOSSEN, dass wir den Bürgermeister/Stadtdirektor anweisen, umgehend Kopien dieser Resolution an Präsident George W. Bush zu senden, an Vizepräsident Richard Cheney, an Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, an die U.S. Senatoren [des Bundesstaats Illinois im Unions-Senat in Washington DC.] Peter Fitzgerald und Richard Durbin, an den U.S. Kongressabgeordneten Tim Johnson, an den Gouverneur des Bundesstaats Illinois Rod Blagojevich, und an die örtlichen Mitglieder des Landesparlaments und Senats von Illinois.

Verabschiedet vom Stadtrat von Urbana an diesem 3. Tag des Februars, 2003.*

*[*bis zu diesem Zeitpunkt 64. Stadt in den USA, die einen Beschluss gegen einen Krieg mit Irak gefasst hat/Red.]*

*Quelle: urbana-champaign INDEPENDENT MEDIA CENTER ; 04. Feb. 2003 – www.ucimc.org/feature
Übersetzung: huh*

und in der von dorthier begründeten Abwehr jener aktuellen Bestrebungen Deutschlands und Frankreichs, die auf frühzeitige Inbesitznahme der EU-Uni-onsebene ausgerichtet sind. Diese Gleichstellung verhindert unter einen die Unterordnung unter ein System von Staaten erster, zweiter und dritter Ordnung (in Europa und weltweit). Zum andern ermöglicht dieses Prinzip kooperatives Zusammenwirken in Richtung Anhebung der Lebensbedingungen im eigenen Land sowie Ausgleich der bestehenden Unterschiede innerhalb der Union. Im Unterschied bzw. im Gegensatz zu diesem Prinzip zielt der „deutsch-französische Beitrag zur institutionellen Architektur der Europäischen Union“ vom 15.1.03 auf Durchsetzung zweier Spitzenpositionen, die man – in Funktionsteilung – für sich selbst angedacht hat. Sie sind erkennbar auf Hierarchisierung innerhalb des Unionsverbands abgestellt: Das betrifft die Funktion des Vorsitzenden des Europäischen Rats, der nicht mehr ans Rotationsprinzip gebunden, sondern auf 2 1/2 bzw. 5 Jahre eingesetzt sein soll. Und es betrifft die Funktion des Präsidenten der Europäischen Kommission, der mit weitreichenden administrativen und exekutiven Interventionsrechten ausgestattet werden soll. Die neuere deutsche Zeitgeschichte kennt dieses Funktionspaar in Gestalt des Kaisers bzw. Reichspräsidenten

ten und des Reichskanzlers.

Die Aggressivität, mit der diese gemeinschaftliche Usurpationspolitik innerhalb der alten bzw. neuen EU vorangetrieben wird, kann beispielhaft studiert werden an jenem jüngsten Einschüchterungs- und Erpressungsversuch gegenüber den o.a. Staaten Nord-, Mittel- und Südost-Europas – der ausging vom französischen Staatspräsidenten und dem die deutsche Partnerseite nicht widersprochen hat, den sie somit stillschweigend-billigend mitgetragen hat. Das betrifft die Sondersitzung des Europäischen Rats am 17. Februar 2003. Sie war einberufen worden in Anbetracht der eingetretenen Spaltung der alten bzw. neuen EU in zwei Lager: auf der einen Seite hauptsächlich Deutschland und Frankreich. Und auf der anderen Seite achtzehn übrige europäische Staaten. Chirac hat dort im Anschluss an die Konferenz folgendes festgestellt:

„[...] Wie jeder weiß, bestand seit einigen Tagen eine Spannung zwischen denen, die meinten, ein Krieg sei zur Entwaffnung Iraks fast unvermeidlich, und denen, die der Ansicht waren, der Weg, den die Resolution 1441 mit den Inspektionen aufweist, behielte seine volle Rechtfertigung. [...] Es gab da zwei Dinge. Zum einen drei Länder, die den Brief unterzeichnet haben, den fünf andere Länder der Europäischen Union vorgeschlagen hatten. Dieser Brief ... lief ... der Vorstellung von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

entgegen. Diese drei Länder waren Polen, Ungarn und die Tschechische Republik. [...] Was die Erklärung von Wilna angeht ... Sie umfasst fünf Kandidaten, die drei baltischen Länder [Litauen, Lettland, Estland – Red.], Slowenien und die Slowakei, zwei bereitwillige Länder, deren Kandidatur verschoben worden ist, nämlich Rumänien und Bulgarien, und drei Länder, die noch nicht den Status eines Kandidaten haben, also Kroatien, Mazedonien und Albanien. [...] Was die Kandidatenländer angeht ..., so finde ich ..., dass sie in gewisser Weise leichtfertig waren. Denn der Europäischen Union beizutreten, setzt doch ein Mindestmaß an Achtung vor den anderen voraus, ein Mindestmaß an Abstimmung. Wenn man beim ersten schwierigen Thema seinen Standpunkt unabhängig von jeglicher Abstimmung mit der Gruppe abgibt, der man doch angehören will, so ist das kein sehr verantwortungsbewusstes Verhalten. Jedenfalls ist es kein gutes Benehmen. Ich denke daher, sie haben eine gute Gelegenheit verpasst, zu schweigen. Ich möchte noch hinzufügen, dass ein solches Verhalten ... gefährlich ist. Man darf nicht vergessen, dass mehrere Länder der Fünfzehn [d. h. der alten EU – Red.] die Erweiterung über ein Referendum ratifizieren müssen. [...] Natürlich kann da ein solches Verhalten in der öffentlichen Meinung der Fünfzehn und vor allem der Länder, die ein Referendum durchführen, ein Gefühl der Ablehnung verstärken. Nun reicht es, dass ein Land [z.B. Frankreich...! – Red.] nicht per Referendum ratifiziert, und es läuft nicht. Also haben sich diese Länder, wenn man so sagen will, nicht gut benommen und waren sich auch nicht richtig der Gefahren bewusst, die eine zu schnelle Ausrichtung auf die amerikanische Position mit sich bringt. [...] Ich

US Bundesstaat Maine

Im Jahr des Herrn Zweitausend und Drei

Gemeinschaftsbeschluss einer Eingabe an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte um nachhaltige Bemühung für diplomatische Lösungsversuche und Waffeninspektionen

WIR, Ihre Bittsteller, die Mitglieder der 121. Gesetzgebenden Versammlung des Bundesstaats Maine – die wir jetzt versammelt sind in der ersten regulären Sitzung – unterbreiten dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mit vorzüglicher Hochachtung folgende Eingabe:

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS ein dringendes Bedürfnis nach aufrichtigem, allseitigem Handeln besteht zwecks weltweiter Beseitigung von Massenvernichtungswaffen; und

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS die Regierungen rund um den Erdball einseitiges Handeln hinsichtlich des Iraks ablehnen und stattdessen nachhaltige Bemühungen um diplomatische Lösungsversuche und um Durchführung von Waffeninspektionen befürworten – bevor weitere militärische Schritte unternommen werden gegenüber dem Irak; und

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS ein Krieg mit dem Irak das Leben amerikanischer Soldaten in Gefahr bringen wird und viele unschuldige irakische Zivilisten töten wird, die bereits jetzt schon enorm zu leiden haben unter Saddam Husseins Herrschaft und unter den

Sanktionen der Vereinten Nationen; und

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS ein Militärschlag der Vereinigten Staaten gegen den Irak die Stabilität der Region des Mittleren Ostens gefährden würde; und

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS das militärische Einschreiten in dieser Region zur weitreichenden Zerstörung der Lebensbedingungen und der zivilen Infrastruktur des Iraks führen wird; und

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS die Militärausgaben zum weiteren Anstieg der bundesstaatlichen Haushaltsdefizite führen werden, zur weiteren Schwächung einer ohnehin schleppenden Wirtschaftsentwicklung – was insgesamt für eine Reduktion der bundesstaatlichen Zuwendungen an den Bundesstaat [Maine] sorgen wird; und

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS der Bundesstaat Maine so sehr an einer Finanzkrise leidet, dass seine Fähigkeit zur Stabilisierung des Steueraufkommens der Einwohner dieses Bundesstaats gefährdet ist – und dass Programme, die der arbeitenden Bevölkerung und den Armen zugute kommen durch einschneidende Kürzungen der Haushaltsmittel bedroht sind; und

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS es Schätzungen gibt, wonach der Krieg gegen den Irak die Steuerzahler der Vereinigten Staaten gut und gerne über 100 Billionen Dollar kosten würde – was 267.000.000 Dollars seitens der Steuerzahler des Bundesstaats Maine mit einschließen würde, und was für lange Zeit

unseren Bedarf in Sachen Gesundheit und Erziehung abdecken könnte; und

IN ANBETRACHT DESSEN, DASS wenn das Land in den Krieg zieht, diese Resolution in keiner Weise aufgefasst werden sollte als Unterstützungs-Verweigerung gegenüber den Truppen, und dass WIR – Ihre Bittsteller – dann ohne Schwanken eintreten für die volle Unterstützung unserer tapferen jungen Männer und Frauen bei den Streitkräften, wann immer sie zum Handeln aufgerufen werden; insofern sei hier jetzt

BESCHLOSSEN: Dass WIR – Ihre Bittsteller – mit allem Respekt gegenüber dem Präsidenten der Vereinigten Staaten darauf drängen und ihn ersuchen, den Weg der nachhaltigen Bemühung um diplomatische Lösungsversuche und um Durchführung von Waffeninspektionen zu unterstützen; und sei des weiteren

BESCHLOSSEN: Dass geeignete Kopien dieser Resolution – ordnungsgemäß autorisiert durch das Sekretariat des Bundesstaats [Maine] – an den Ehrenwerten George W. Bush, Präsident der Vereinigten Staaten, übermittelt werden, und an jedes Mitglied der Kongress-Delegation des Bundesstaats Maine sowie an den Gouverneur des Bundesstaats Maine.

5. Februar 2003 – Abstimmung: 18:15 Stimmen. Quelle: Common Dreams. NewsCenter. Breaking news & Views for progressive community. February 20, 2003 – www.commondreams.org/headlines. Übersetzung: huh

finde, Rumänien und Bulgarien waren besonders leichtfertig, so vorzupreschen, wo doch ihre Position im Hinblick auf Europa schon recht heikel ist. Wenn sie ihre Chancen auf einen Beitritt zu Europa mindern wollten, dann konnten sie kein besseres Mittel finden. [...]“¹

Zentralisierung der Finanzhoheit

Was den Vorwurf jeglichen Fehlens eines „Mindestmaß(es) an Achtung vor den anderen“ bzw. eines „Mindestmaß(es) an Abstimmung“ anbelangt, so kann demgegenüber festgestellt werden: Erstens. Der Synthesebericht² über die Plenartagung des Europäischen Konvents am 20./21. 1.2003 in Brüssel, vorgetragen vom Konvents vorsitzenden Giscard d'Estaing, macht deutlich, dass wiederholt auf die uneingeschränkten Wahrung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der Mitgliedsstaaten, ob „groß“ oder „klein“, abgestellt wurde. Die „verstärkte Zusammenarbeit“ Deutschlands und Frankreichs – wie sie zum selben Zeitpunkt im erneuerten Elysee-Vertrag als bewusste Abkehr von diesem Grundsatz bekräftigt und dann ab 1. Februar als achsenpolitische Offensive gegen die Mehrheit der Konvents-Mitgliedsstaaten entfacht wurde – hatte bzw. hat demgegenüber nicht den Hauch von Achtung vor anderen bzw. von Abstimmung mit anderen für sich. Zweitens. Es ist bereits gut ein Jahr zuvor (am 24. April 2002) in einem speziellen Bericht für das Europäische Parlament „über die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten“, gefertigt vom dortigen Ausschuss für konstitutionelle Fragen, betont worden, dass die Beachtung dieses Grundsatzes der Gleichberechtigung sowie der diesbezüglichen Abgrenzung der Zuständigkeiten – eng verknüpft ist mit der Frage der *Finanzhoheit* der jeweiligen Ebenen.

„II – VORGESCHLAGENE ERGÄNZENDE LEITLINIEN:

[...] Das Parlament muss sich ... auch zu anderen politischen Optionen äußern, mit denen der Konvent befasst wird.

1. Das politische Modell der Union muss seine historische Ursprünglichkeit in zwei grundlegenden Punkten bewahren.

1.1. Die Union verfügt über keine Verwaltungsdienste. Die Verwaltung der Politiken und der Gemeinschaftsmittel obliegt den Verwaltungen der Mitgliedsstaaten oder den Fachagenturen.

1.2. Ebenso liegt die finanzielle Zuständigkeit (Haushalt und Steuern) auf der Ebene der Mitgliedsstaaten.

Diese beiden Punkte sind ... wesensgleich in der Europäischen Gemeinschaft, jedoch wird dies in der politischen Debatte leicht vergessen. Sie stellen jedoch einen wesentlichen Unterschied zur *Philosophie der wichtigsten derzeit bestehenden föderalen Systeme dar, unter denen die Wahrnehmung rechtlicher Zuständigkeiten im Allgemeinen mit entsprechenden finanziellen Zuständigkeiten verknüpft ist* [Hervorheb. nicht im Orig./Red.]. So sieht Artikel 104a des deutschen Grundgesetzes folgendes vor: „Der Bund und die Länder tragen gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben ...“ Siehe hierzu auch die spanische Verfassung ... derselbe Grundsatz findet sich auch in Belgien

sowie in den Verfassungen der Vereinigten Staaten (ab der XVI. Änderung [siehe dazu die dokumentierten Resolutionen der Antikriegsbewegung in den USA!/(Red)] und Kanadas. Im Gegensatz dazu muss sich die Europäische Union im Wesentlichen allein mit der normativen Befugnis, d.h. der Zuständigkeit für die Festlegung von Regeln und die Erarbeitung von Gesetzen, zufrieden geben. Zweitens ist sie dafür zuständig, die Tätigkeiten der Mitgliedsstaaten zu koordinieren. Diese behalten jedoch das Monopol für die konkrete Verwaltung der öffentlichen Politiken, für die finanzielle Umverteilung zugunsten der Benachteiligten und schließlich auch für den direkten Kontakt mit den Bürgern; weiterhin haben sie praktisch auch ein Monopol für unzählige Politiken in Bezug auf finanzielle, budgetäre oder steuerliche Anreize.“³

Hier wird somit ganz bewusst abgestellt auf die mitgliedstaatliche Interessenlage, der die Unionsebene Rechnung zu tragen hat. Die Unionsebene hat hier koordinierende Funktion – etwa in Richtung Bedachtnahme auf die Angleichung der Lebensbedingungen und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitgliedsstaaten untereinander. Der o.a. Bericht betont hierzu beispielhaft den Fall, dass „die auf Gemeinschaftsebene geplanten Maßnahmen ... gegenüber ähnlichen Aktionen, die von einzelnen Mitgliedsstaaten getrennt durchgeführt würden, einen beträchtlichen Synergievorteil in Bezug auf Effizienz und größenbedingte Einsparungen auf[weisen] (Synergiekriterium) ...“³ Diesen Zusammenhang meinte die polnische Seite, als sie Chiracs Einschüchterungsversuch wie folgt zurückwies: „Polen habe das Recht auf eine eigene Politik und Interessenverfolgung.“⁴ Von tschechischer Seite wurde berichtet, dass die acht östlichen Beitrittskandidaten der EU, die im nächsten Jahr dazustoßen, unter nicht tolerierbarem Druck von Seiten Brüssels und von Seiten Berlins gestanden hätten und dass sie dahingehend drangsaliiert wurden, sich der französisch-deutschen Vorgehenslinie bezüglich Irak zu unterwerfen. „[...] Wir haben die letzten 10 Jahre auf Bemühungen verwandt, hineinzukommen in beides – EU und NATO. Es ist für uns lebenswichtig, in beiden Zusammenschlüssen Mitglied zu sein. Aber die Amerikaner üben Druck auf uns aus, dass wir den einen Weg gehen – und die Deutschen üben Druck auf uns aus, dass wir den anderen Weg gehen sollen. Vor nicht allzu langer Zeit wurde uns gesagt, dass Berlin ein europäisches Deutschland wünsche. Jetzt scheint es so, dass die EU ein deutsches Europa sein soll.“ [...] Die Osteuropäer machen geltend, dass Deutschlands Anti-Kriegsline, die zunächst als Wahltaktik von Kanzler Gerhard Schröder in Leben gerufen wurde, selber nicht abgestimmt war mit den EU-Verbündeten.“⁵

Kerneuropa, Resteuropa, Irak-Kontroverse

In einer weiteren Stellungnahme aus dem außenpolitischen Beraterkreis des vormaligen Präsidenten der Tschechischen Republik, Vaclav Havel, wird fol-

gendes zur Politik der Usurpation der Unionsebene seitens der deutsch-französischen Achse näher ausgeführt:

„Sogar beinharte Unterstützer der EU-Mitgliedschaft werden spüren, dass ihre Länder nicht als Gleiche behandelt werden, wenn sie eingeschüchtert werden – falls sie eine andere Meinung aufrechterhalten als größere Mitgliedstaaten. [...] Frankreich und Deutschland verstehen nicht ..., die Unterstützung der US-Seite durch die Kandidatenländer zu begreifen ... Die kleinen Staaten in Mitteleuropa, die während ihrer gesamten Geschichte immer wieder Opfer von Aggressionen waren, sollten nicht dafür angefeindet werden, dass sie glauben, die USA seien der einzige wirkliche Garant ihrer Sicherheit. [...] Frankreich und Deutschland sollten außerdem die Unterstützung für die USA in den Kandidatenländern nicht auslegen als gleichwertig mit einem Beweis des Einverständnisses mit einem Krieg gegen Irak oder irgendein anderes Land. Tatsächlich ist ja die öffentliche Meinung in allen Kandidatenländern gegen eine Militäration im Irak. Die Kandidatenländer ... haben schlichtweg das Gefühl, dass sie – solange ein Europäisches Sicherheitssystem noch nicht vorhanden ist – die USA brauchen, um ihre Sicherheit und ihre Unabhängigkeit zu verteidigen. Die Kandidatenländer befinden sich, bildlich gesprochen, zwischen Hammer und Amboss“

Aber die Zur-Kennntnisnahme des osteuropäischen Dilemmas kann keineswegs bedeuten, dass man Chirac verzeiht wegen seines arroganten Schlags gegen die Einheit des Kontinents als Ganzes. Der am meisten aggressive – und gefährliche – Aspekt seiner Feststellungen war seine Gleichsetzung der EU mit Frankreich und Deutschland. [...] Auch wenn es den Anschein hat, dass er den Bevölkerungen der Kandidatenländer sagen will, dass Frankreich und Deutschland an erster Stelle stehen – vor allen anderen gegenwärtigen Mitgliedern: Chiracs Feststellungen werfen ein Schlaglicht auf die Distanz der EU zum Ideal der Gleichheit aller Mitglieder. In der Tat, sein Angriff könnte einige Reformen hinfällig machen, die gegenwärtig im EU-Konvent diskutiert werden. Sie zielen darauf ab, den Entscheidungsprozess innerhalb der EU zu vereinfachen durch Schaffung von Institutionen, die Ländern mit größeren Bevölkerungen mehr Entscheidungsmacht geben. Diese Reformen können nur funktionieren, wenn die großen Mitgliedstaaten nicht der Versuchung unterliegen – diesen Mechanismus zu missbrauchen in der Absicht, die Interessen der kleinen Länder entweder zu umgehen oder rücksichtslos darüber hinwegzuschreiten. Chiracs Vorstoß stellt deswegen solch einen Schaden dar für die Europäische Einheit, weil er den fundamentalen Kern des gegenseitigen Vertrauens unterminiert.“⁶

huh

- 1 Pressekonferenz von Staatspräsident Jacques Chirac nach dem außerordentlichen Treffen des Europäischen Rats – Auszüge – Brüssel, 17. 2.03. Quelle: Frankreich-Info, 18/02/2003, Herausgeber: Französische Botschaft, Berlin
- 2 Europäischer Konvent. Das Sekretariat. Brüssel, den 27. 1. 2003 [03.02.] – CONV 508/03 DE
- 3 Europäisches Parlament 1999 – 2004, Sitzungsdokument 24. April 2002; Ausschuss für konstitutionelle Fragen. ENDGÜLTIG A5-0133/2002 (RR\467508DE.doc – PE 304.276)
- 4 Financial Times – Deutschland, 18.02.2003
- 5 Guardian, 19.2.03, Special report: European integration; www.guardian.co.uk, eigene Übersetzung
- 6 Jiri Pehe/ „France's threat to European Unity“, in: Project Syndicate, 19.2.03, eigene Übers.

Eine beunruhigende Debatte um die Folter

Manchmal dringen in angespannten Lagen die innersten Gedanken der Beamten, die das staatliche Gewaltmonopol ausüben, in die Öffentlichkeit. Die moralische Anspannung macht sich Luft, ähnlich wie bei einem Menschen, den die Schuld eines schweren Verbrechens zum Geständnis treibt. Aus Frankfurter Polizei- und Justizkreisen wurde öffentlich, dass dem erpresserischen Entführer des Kindes einer Frankfurter Bankiersfamilie bei dem Verhör mit „Schmerzen“ gedroht worden war, um ihn so zur Preisgabe des Aufenthaltsortes des Kindes zu zwingen. Diese üble Sache, die Anlass hätte geben sollen, die Rechtstreue und das Berufsgeschick der mit der Sache befassten Behörden zu diskutieren, führte zu einer Diskussion über die Zulässigkeit der Folter in besonderen Fällen. Dazu kann es nur kommen, wenn bereits viele, Beamte, Politiker und Publizisten, insgeheim mit dem Gedanken spielen oder auch quälen.

Die Aufklärung begründete das Verbot der Folter letztlich aus Vernunftgründen. Gefoltert wird, um Verdächtige im öffentlichen Interesse zur Preisgabe eines strafbaren Geheimnisses zu nötigen. Die gefolterte Person soll aufgeben, weil das Leiden, das sie durch die Folter erfährt, größer oder wenigstens zeitnäher ist als die Strafe, die dem Geständnis des Geheimnisses folgen würde. Das ist die Logik der Folter, das halten die Folterknechte ihrem Opfer vor, um es zur Aufgabe zu bringen. Diese Logik steht aber auf tönernen Füßen. Sie setzt voraus, dass die Folterer sicher wüssten, dass und was es zu gestehen gibt. Aber dann müssten sie nicht fragen.*

Die Aufhebung der Folter ist eine der wichtigen Grundlagen eines modernen Staates ist, der darauf angewiesen ist, dass die Regeln, nach denen er funktioniert, logisch einigermaßen zusammenpassen. Was ist dann die Diskussion über die Zulassung von Folter unter gewissen, ungewöhnlichen Umständen?

Der Fall des Frankfurter Kindes, das der Entführer sogleich umbrachte, um sich der Eintreibung des Erpressergeldes zu widmen, ist Ausgangspunkt einer Diskussion, bei der es, verdeckt oder offen, um das Verfahren bei Terrorismusverdacht geht. Der eingefangene Terrorist, der verstockt schweigt, während irgendwo versteckt die Büchse mit den Pockenviren am Platzen ist. Und da steht der Ermittler, und was macht er dann?

Zur Zeit laufen bereits ungeheure, aber immer noch wachsenden Datenmassen bei den Ermittlungsbehörden ein. Aus dem Inland, aus dem Ausland, in Ton, Schrift und Bild, die in den Köpfen der Beamten den Eindruck einer unüberschaubaren Masse von Verdächtigen hinterlassen, die mit dem Terrorismus wenigstens sympathisieren und den Ermittlungen auf die Sprünge helfen könnten, wenn sie nur redeten. Das ist die Lage, in der man über Folter bei Verhören redet. Das Ausbrechen der öffentlichen Diskussion hat die große praktische Folge, dass die Ermittlungsbeamten sich legitimiert fühlen dürften, vermehrt Zwangs- und Drohmittel einzusetzen.

Es ist angesichts dieses großen Schadens keineswegs übertrieben, wenn der Vizepräsident des Verfassungsgerichtes, Hassemer, jetzt die Frage aufwirft, ob die Androhung der Folter durch die Frankfurter Polizei nicht ein Verfahrenshindernis geschaffen habe, so dass gegen den geständigen Täter nicht verhandelt werden könnte. Man kann aber nicht ausschließen, dass auch diese Diskussion zum Gegenteil führt, falls sich nämlich ergeben sollte, dass die Androhung der Folter als Verfahrenshindernis nicht durchzusetzen ist, geht die Sache nur noch weiter.

Im deutschen Kulturkreis, in dem in der Zeit der Bauernkriege, der Reformation und Gegenreformation die Hexenprozesse wüteten, hat die üble Rolle der Folter der Jesuitenpater Friedrich von Spee in einer Denkschrift kritisiert, in der es ihm besonders darum geht, dass mit dem Mittel der Folter eine Masse von „Hexen“ gleichsam aus dem Nichts heraus erfunden und auf den Scheiterhaufen gebracht werden kann. Spee streitet sich in seiner Schrift nicht um die Frage, ob es Hexen gäbe. Ihm geht es um die schrecklichen Folgen der Anwendung von Denunziation, Folter, Geheimverfahren für „das Seelenheil aller Obrigkeiten und Fürsten“. – Die Inquisitoren, die Richter, die geistlichen Hirten und die weltlichen Fürsten verrichteten ihr grausiges Tun immerhin „guten Glaubens“, also weil sie es nicht besser wussten.

Die inzwischen vergangene Zeit und die darin gesammelten Erfahrungen und Kritiken erlauben es nicht, von heutigen Befürwortern, besonders solchen im Staatsdienst, anderes zu anzunehmen als die Bereitschaft zum Verbrechen gegen Menschlichkeit und Vernunft.

* Eine erschöpfende Behandlung der Verwicklung von Logik und Sittlichkeit, die hier vorliegt, liefert bereits der Kirchenlehrer Augustinus (354 bis 430), der als Bischof und damit auch als Richter amtierte und von Spee in seiner Schrift zitiert wird:

.... Die Tortur kann nur dann ein Mittel zur Wahrheitserkenntnis sein, wenn das, was der Gefolterte sagt, auch für wahr gehalten wird.

Aber das kann man schwerlich versprechen. Denn wie, wenn der Gefolterte sagt, „ich bin unschuldig“? Wird man das dann für wahr ansehen? Nein, heute wird es ganz anders gemacht, wie ich schon in der vorigen Frage gezeigt habe. Doch wie dem auch sei, alles ist hier ungewiss und dunkel. Augustinus hat (De civit. De lib. 19. c. 6.) das Unglück dieser gerichtlichen Folterungen sehr geistreich, fromm und christlich beklagt. Ich will seine Worte ihrer Schönheit und Klarheit wegen hier beifügen: „Wie ist es, wenn jemand in einem gegen ihn anhängigen Prozeß gefoltert wird und man ihn während der Frage, ob er schuldig sei, martert? Wenn ein Unschuldiger um eines unwirklichen Verbrechens willen höchst wirkliche Leiden erdulden muss, nicht weil es offenbar ist, daß er das Verbrechen begangen hat, sondern weil man nicht weiß, daß er es nicht begangen hat? So ist meistens das Nichtwissen des Richters des Schuldlosen Unglück. Was aber noch unerträglicher, beklagenswerter und – wenn es möglich wäre – mit Bächen von Tränen zu beweinen ist: Indem der Richter den Angeschuldigten foltert, eben, damit er nicht, ohne es zu wissen, einen Schuldlosen hinrichtet, kommt es durch das unselige Nichtwissen, daß er zuletzt einen schuldlos Gefolterten hinrichtet, den er gefoltert hat, um ihn nicht schuldlos hinzurichten. Denn wenn der Angeklagte es für ratsamer gehalten hat, aus diesem Leben zu scheiden, als länger solche Martern zu ertragen, dann gesteht er etwas, was er gar nicht verbrochen hat. Hat ihn dann der Richter verurteilt und hinrichten lassen, dann weiß er doch noch immer nicht, ob er einen Schuldigen oder einen Unschuldigen hingerichtet hat. Er hat ihn gefoltert, um ihn nicht, ohne es zu wissen, schuldlos hinzurichten. Darum hat er, um es zu wissen, einen Unschuldigen gefoltert und, ohne es zu wissen, umgebracht.“

Quelle: Friedrich von Spee, *Cautio Criminalis* oder *Rechtliches Bedenken wegen der Hexenprozesse*, anonym erschienen nach 1630 in lateinischer Sprache, in übersetzt in einer Ausgabe des Deutschen Taschenbuchverlages München, 1982, S. 125

Friedrich von Spee Cautio Criminalis

oder
Rechtliches Bedenken wegen
der Hexenprozesse

Mit acht Kupferstichen
aus der »Bilder-Cautio«



dtv klassik



Die Regierung Aznar kommt gewaltig unter Druck

Nach dem 15.2., als mehrere Millionen Menschen in zahlreichen Städten Spaniens gegen den drohenden Irak-Krieg und seine Unterstützung durch die Regierung demonstriert hatten, erlebte das Land ein Wochenende später erneut zwei Großdemonstrationen. In Madrid (Bild links, indymedia Madrid) forderte am 23.2. rund 1 Million Menschen den Rücktritt der Regierung, die den Unfall des Öltankers vor der galizischen Küste in die größte Umweltkatastrophe verwandelt hatte. Mehr als 200.000 Menschen hatten sich allein aus Galizien auf den

Weg nach Madrid gemacht. Der Protest richtet sich gegen das autokratische Verhalten der Regierung; eine Untersuchungskommission wurde hintertrieben, dem Untersuchungsrichter werden keine Dokumente zur Verfügung gestellt, dagegen wird gegen das Bündnis Nunca Mais (Nie wieder) ermittelt. Parolen wie: „Nie mehr Lügen der Propagandamaschinerie, nie mehr Inkompetenz und Überheblichkeit, nie mehr Drohungen und Verunglimpfungen“ beherrschten die Demonstration, die immer wieder auch die Ablehnung des Irak-Kriegs zum Ausdruck brachte. – Tags zuvor hatten über 100.000 Menschen in San Sebastian gegen einen erneuten Anschlag auf die Pressefreiheit



demonstriert (Bild rechts, R.S.). Alle baskischen Parteien und Gewerkschaften hatten aufgerufen. Am Donnerstag zuvor war die einzige baskisch-sprachige Tageszeitung – Egunkaria – geschlossen, die Journalisten verhaftet worden. Sie befinden sich seither unter der berüchtigten Kontaktsperre, während derer die Verfolgungsorgane bekanntermaßen freie Hand zum Foltern haben. Der Zeitung wird vorgeworfen, Teil der ETA zu sein. Schon vor Jahren war die Zeitung „Egin“ verboten worden, die Journalisten warten seither auf ihren Prozess. Viele baskische Politiker bezeichnen das neuerliche Verbot als Rückkehr zum Totalitarismus des Franco-Regimes.

Hongkong: Proteste ausländischer Hausangestellte gegen Lohnkürzung

Seit November nehmen Proteste von Arbeitsmigrantinnen aus Indonesien, Indien, den Philippinen, Thailand und Nepal, die als Hausangestellte arbeiten, gegen Pläne der Regierung zu, den Mindestlohn zu kürzen. An der letzten Demonstration beteiligten sich zwischen 8.000 und 12.000. Die Regierung will den staatlich festgelegten Mindestlohn für Haushelferinnen um 500 HK\$, das sind 14% kürzen, und die 500 HK\$ als Gebühr von den Arbeitgebern einziehen. Das würde ca. 1,4 Mrd. HK\$ in die Staatskasse bringen.

Israelischem Verweigerer drohen drei Jahre Haft

Rund 300 israelischen Oberstufenschüler haben in den vergangenen 18 Monaten die Verweigerung des Grundwehrdienstes angekündigt, viele wurden, zum Teil mehrfach, für jeweils vier bis fünf Wochen inhaftiert. Jetzt erhielten zwei Verweigerer eine Anklage als Deserteure, ihnen droht vor einem Militärgericht eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren. Einer von ihnen, Jonathan Ben Artzi, hat bereits 200 Tage im Militärgefängnis ver-

bracht. Jüngst hat er als überzeugter Pazifist einen Armeejob ohne Uniform und Waffe abgelehnt und einen Ersatzdienst in rein zivilem Rahmen gefordert, daraufhin wurde ihm ein Verfahren vor dem Militärgericht angekündigt. Die Vorverhandlungen finden zur Zeit statt, das Hauptverfahren soll innerhalb von zwei Wochen eröffnet werden.

Bundesrepublik Jugoslawien aufgelöst

Die Auflösung der Bundesrepublik Jugoslawien wird nahezu unvermeidlich zur weiteren Zerteilung des Balkan führen. Die Union Serbien-Montenegro, die der Bundesrepublik Jugoslawien nachfolgt, ist lediglich auf drei Jahre angelegt. Dann soll Montenegro über seine Unabhängigkeit entscheiden können. Bis dahin soll es zwar eine gemeinsame Armee und eine gemeinsame Außenpolitik geben – doch wie weit die Lostrennung bereits fortgeschritten ist, wird daran deutlich, dass es zwei Zollsysteme und zwei Währungen gibt, den Dinar für Serbien, den Euro für Montenegro. Die Zerstörung der Bundesrepublik setzt vor allem auch die Lostrennung des Kosovo erneut auf die Tagesordnung. Im vergangenen Jahr hatte Bajram Rexhepi, Premiermi-

nister des Kosovo, angedroht, einseitig die Unabhängigkeit zu erklären, falls die Union gegründet werden sollte. Der Konflikt gewinnt in der Verantwortung insbesondere der EU erneut an Schärfe.

Protest gegen deutsche Flotte

Am 21.2. versammelten sich griechische Antimilitaristen an der Basis der griechischen Marine in Ichthioskala, um gegen die Ankunft einer deutschen Fregatte zu demonstrieren. Sie blockierten Transportwagen, die die Fregatte mit Nach-



schub versorgen sollte. Gegen Mittag fuhr die Fregatte ohne Nachschub wieder weg. (Quelle: Indymedia)

Zusammenstellung: scc

NÜRNBERG. Nürnberg ist die erste Stadt, in der es zu einem Schulstreik wegen des drohenden Irak-Krieges kam. Am Freitag, den 21. Februar, um 10 Uhr fanden sich über 4.000 Schüler vor der Lorenzkirche ein, um in einem Demonstrationzug durch die Stadt ihre Ablehnung sowohl des drohenden Krieges gegen den Irak als auch jeglicher Unterstützung von Seiten der Bundesregierung kund zu tun. Unterwegs wuchs der Zug, der bei vielen Passanten Anklang fand, auf stolze 7.000 Teilnehmer, fast ausschließlich Schüler, an. An der Lorenzkirche gab nach einem Redebeitrag noch eine Reggae-Band ihr Bestes. Nachdem der Aufruf zum Schulstreik breit bekannt und sogar im bayerischen Landtag diskutiert wurde, erließ das bayer. Kultusministerium unter der Strauß-Tochter Monika Hohlmeier die Anordnung, jeder Direktor könne selbst entscheiden, wie er mit der Situation umgehe. Doch ein Schreiben des untergeordneten Ministerialbeauftragten, der jedem Schüler, der an einer solchen Aktion teilnehmen sollte, einen Verweis androhte, war einigen Schuldirektoren Anlass genug, eine Teilnahme zu verbieten und mit Verweisen zu drohen. Eine nette Alternative hatte sich die Direktion der Wilhelm-Löhe-Schule ausgedacht: Für die Schüler der 10. bis 13. Klasse fand zeitgleich zum Treffpunkt für die Demo um 10 Uhr ein gemeinsames Gebet für den Frieden im Pausenhof statt. In zahlreichen anderen Städten auf der ganzen Welt rufen Studierende und SchülerInnen zu einem Streik am Tag X auf. <http://de.indymedia.org>



Flüchtlingsrat Brandenburg stellt Anzeige gegen die Zeitschrift Focus

POTSDAM. Der Flüchtlingsrat Brandenburg hat Strafanzeige gegen Autoren und Herausgeber der Zeitschrift „Focus“ wegen Weitergabe von speziellen Daten aus einer behördlichen oder gerichtlichen Verfahrensakte gestellt: In zwei Artikeln (Heft 4/2003, Heft 5/2003 online-Ausgabe) berichtete der „Focus“ über die Gewährung von Kirchenasylan in Brandenburg. Die Autoren verletzen hierin den Datenschutz und brachten die betroffenen Asylsuchenden in Verruf, „Asyltrickser“ und „Kriminelle“ zu sein. Offensichtlich sollen damit Flüchtlinge, die Schutz vor Abschiebung im Kirchenasyl suchen, öffentlich diskreditiert werden. Darüber hinaus richten sich diese gezielten Presseveröffentlichungen aber ebenso auch gegen die Kirchengemeinden, die Flüchtlingen Beistand gewähren, und sind somit Begleitwerk zu den Kriminalisierungsversuchen und Ermittlungsverfahren, die von staatlicher Seite in Brandenburg gegen Pfarrer und betroffene Flüchtlinge bereits eingeleitet wurden. Der Artikel zu Herrn H. und seinem Sohn umfasst einen Schaukasten unter der Überschrift „Die Asylkarriere des Herrn H.“ eine detaillierte Aufstellung sämtlicher verwaltungsbekannter, asylrelevanter Daten. Im Artikel zu der zweiten Familie wurde unter der Überschrift „Focus: Kirchenasyl für Kriminelle“ behauptet, Herr N. habe in seiner Asylbefragung gegenüber dem Bundesamt angegeben, an einer Vergewaltigung beteiligt gewesen zu sein. Dies ist eine unkorrekte Wiedergabe des Sachverhalts,

da es sich in diesem Fall um einen Übersetzungsfehler handelt. Anhand der Detailliertheit der Daten ist davon auszugehen, dass diese der asyl- oder ausländerrechtlichen Verfahrensakte entstammen. Daher erstattet der Flüchtlingsrat des Landes Brandenburg Strafanzeige gegen Autoren und den Herausgeber der Zeitschrift „Focus“. www.inforiot.de

Antifaschistischer Aktionstag der Kampagne „Thor muss weg!“

DRESDEN. Im Rahmen der Kampagne „Thor muss weg!“ fand am 15. Februar ein Antifaschistischer Aktionstag statt. Als Reaktion darauf führten die Neonazis aus dem engeren Umfeld des „Klub Thor“ eine Demonstration durch.

Zunächst thematisierte die Kampagne „Thor muss weg!“ mit einer Demonstration zur Neonazispelunke „Klub Thor“



die aktuellen Entwicklungen um den bekannten Ausgangspunkt neonazistischer Aktivitäten. Die Demonstration von etwa 100 Personen wurde um 11.30 h aufgelöst, um den Teilnehmern zu ermöglichen, den Aufmarsch der Neonazis zu stören. Zur ideologischen Festigung ihres Umfeldes luden die Betreiber des „Klub Thor“ Lutz Gießen aus Berlin als Redner ein, der in unmittelbarer Nähe der Synagoge durch antisemitische Agitation auffiel. Eine zweite Demonstration der Kampagne „Thor muss weg!“ mit ca. 300 Teilnehmern startete um 15.30 h in der Dresdner Innenstadt. Ziel war die Hechtstraße, wo der Neonazi Sven Hagendorf wohnt. Seit Jahren filmt dieser alle, die er für Gegner hält. Diese Materials wurde und wird für die Vorbereitung teils schwerer Übergriffe verwendet. In jüngster Zeit sind Webseiten mit diesem Material aufgetaucht. Bei der Staatsanwaltschaft Dresden ist bereits Anzeige erstattet. Zum Abschluss der Demonstration erschien dann auch Sven Hagendorf selbst mit Reichsflagge und Videokamera. Die Polizei musste ihn unter Anwendung körperlicher Gewalt in sein Haus zurückdrängen. –Im Anschluss an die Aktionen der Kampagne „Thor muss weg!“ demonstrierten spontan etwa 80 Personen für die Freilassung von 5 Antifaschisten, die sich seit dem 13. Februar in U-Haft befinden. An diesem Tag hatten wieder ca. 800 Neonazis demonstriert, um der Bombardierung Dresdens zu gedenken. Nach antifaschistischen Protesten kam es zu einer Auseinandersetzung, bei der 18 Antifaschisten verhaftet wurden, von denen die 5 immer noch nicht entlassen sind. www.thormussweg.de

Berliner Senat schafft Chipkarte und Heimzwang für Flüchtlinge ab

BERLIN. Der Flüchtlingsrat Berlin begrüßt die Entscheidung von Sozialsenatorin Knake-Werner, den Vertrag mit der Firma SODEXHO zur Gewährung der Sozialhilfe per Chipkarte (Infracard) zum 30. Juni 2003 zu kündigen. Damit endet für ca. 3000 Asylbewerber ein Zustand sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Flüchtlinge konnten mit der von dem französischen Unternehmen geschaffenen Chipkarte nur in wenigen Geschäften einkaufen und mussten gar die Fahrt dorthin aus ihrer ohnehin um 30% gekürzten Sozialhilfe zahlen. Für die Versorgung der Mehrzahl der in Berlin lebenden Flüchtlingen tragen jedoch die Bezirke die Verantwortung, die teils Bargeld, teils Chipkarten (Mitte, Reinickendorf, Spandau, Tempelhof-Schöneberg) oder Gutscheine (Neukölln) gewähren. Der Flüchtlingsrat Berlin fordert diese Bezirke auf, ebenfalls die diskriminierende Gewährung von Sachleistungen zu beenden.

Der Flüchtlingsrat begrüßt auch den Beschluss des Berliner Senats, Flüchtlingen durch eine auch für die Bezirke verbindliche Ausführungsvorschrift die Anmietung von Wohnungen zu erlauben. Die derzeit aus Sozialhilfemitteln gezahlten Sätze für ein einziges Zimmer im Wohnheim für eine Familie mit drei Kindern sind mit 1650 Euro/Monat für Unterkunft ohne Verpflegung etwa dreimal so teuer wie eine selbst gemietete Wohnung. Die Heimunterbringung führt zur Isolation der Flüchtlinge von der Gesellschaft. Physische und psychische Krankheiten sind vielfach die Folgen des jahrelangen beengten Wohnens in Massenunterkünften. Die Folgen sind insbesondere für Kinder katastrophal.

www.fluechtlingsinfo-berlin.de

Bürgermeister sichert kurdischer Familie Aufenthaltsgenehmigung zu

HANAU. Die Herstellung einer breiten Öffentlichkeit und beispielhafte Solidarität von Schülern, Eltern und Lehrern ersparen der kurdischen Familie Sahbaz aus Großauheim offenkundig die – bereits rechtskräftige – Abschiebung in die Türkei. Während einer von der Klasse 3 b der August-Gaul-Schule am 13. Februar organisierten Pressekonferenz sicherte Bürgermeister Claus Kaminsky (SPD) ihrem Klassenkameraden Baris, seinen zwei Geschwistern und den Eltern eine Aufenthaltsgenehmigung durch das Ausländeramt der Stadt Hanau zu. Dies müsse aus humanitären Gründen geschehen, sagte Kaminsky unter dem tosenden Beifall der Grundschüler sowie zahlreicher Eltern und Schüler. An die Eltern gab er den Hinweis, sofort die Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen, sobald die Duldungsfrist abgelaufen ist. „Humanitäre Gründe“ sind nach dem Ausländergesetz nach Abschluss des normalen

Asylverfahrens die einzige Möglichkeit, abgelehnte Asylbewerber vor einer Abschiebung zu bewahren. Kaminsky machte keinen Hehl daraus, dass der kurdischen Familie eine Abschiebung in die Türkei ohne das Engagement des sozialen Umfelds in Großauheim wohl nicht erspart geblieben wäre: „Dann hätten wir von diesem Einzelfall vermutlich überhaupt nichts erfahren.“ Er lobte ausdrücklich das „einmalige Engagement“ von Schülern, Lehrern und Eltern und bezeichnete deren Verhalten als „beispielhaft“. *Frankf. Rundschau 14.02.02*



Demonstration gegen die Einführung eines Kita-Gutscheinsystems

HAMBURG. Über 1500 Menschen demonstrierten am 18. Februar zur öffentlichen Anhörung von Elternvertretern im Jugendausschuss. Draußen fasste eine Vertreterin die „11 Irrtümer zum Kita-Gutscheinsystem“ zusammen, dem sich ein schöner Krach mit Pfeifen, Tröten und Trommeln anschloss. Drinnen versuchten 10 Elternvertreter die Ausschussmitglieder zu überzeugen. Hier ein Bericht vom Ergebnis: „Streckenweise war diese Veranstaltung jedoch – trotz der engagierten und gut vorbereiteten Elternvertreter – eine eher gespenstische Veranstaltung. Die Fragen der Abgeordneten hielten sich recht in Grenzen, obwohl deutlich wurde, dass dies nicht durch deren umfassende Kenntnisse zum Gutscheinsystem bedingt war. Einige der Fragen ließen auf eine geradezu groteske Unkenntnis der Probleme schließen – man könne doch z. B. im neuen System einfach die Kita wechseln, wenn man mit der alten unzufrieden sei –, einige Fragen – wer denn nun unter Bewilligungskriterium 1 falle – müssten eigentlich diejenigen besser beantworten können, die sich das Gesetz ausgedacht haben, als Eltern, die sich mit den Auswirkungen des Gesetzes herumplagen dürfen. Kaum eine Frage zielte auf die Konsequenzen des Systems für die Kinder, dafür umso mehr auf organisatorische und verwaltungstechnische Details.“

www.kita-gutschein.de

Gutachten kritisiert Studienkonten und Studiengebühren in NRW

DÜSSELDORF. Neben massenhaften Demonstrationen, Streiks, Unterschriftensammlungen usw., die das neue Studienkonten- und finanzierungsgesetz in NRW bisher nicht verhindern konnten, setzen die Studierenden jetzt auch auf juristische Mittel. Das Landes-ASten-Treffen (LAT) Nordrhein-Westfalen und das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) gaben beim Münsteraner Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhl ein Rechtsgutachten in Auftrag, das am 10. Februar vorgestellt wurde: „Die Erhebung der Studiengebühren ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Studierenden erschwert Studierenden die Beendigung des Studiums rechtlich in gleicher, tatsächlich aber in deutlich unterschiedlichem Maße. Die Vereinbarkeit dieser Regelung mit dem Sozialstaatsprinzip ist zweifelhaft“, so das Gutachten. „Das Gesetz der Landesregierung bewegt sich auf dünnem Eis“, sagte LAT-Koordinatorin Christine Brinkmann nach Studium des 40-seitigen Dokuments. Und Klemens Himpele, Geschäftsführer des ABS, in Düsseldorf, ergänzt: „Das Rechtsgutachten macht deutlich, dass es der Landesregierung um Abzocke geht und nicht um die sinnvolle Steuerung des Studiums. Wir werden den ASten in Nordrhein-Westfalen empfehlen, klagewillige Studierende zu unterstützen.“ Das Gutachten ist unter <http://www.abs-nrw.de> einzusehen.

BUND fordert: Bahnstrecken sanieren statt Transrapid-Milliardengrab

MÜNCHEN. Ein „Milliardengrab auf Stelzen“ hat der BUND am 19. Februar 2003 vor dem Bundestag in Berlin aufgestellt. „Ruhestätte 5,9 Milliarden Euro“ ist auf dem Grabstein zu lesen. Euro-Milliarden-Scheine stecken im Rasen des Grabes. „Transrapid-Milliarden für die Schiene!“ fordert dazu ein Transparent. Der BUND protestiert mit seiner Aktion gegen die geplante Verschwendung von insgesamt rund 6 Milliarden Euro für Magnetschwebbahnen in Bayern und Nordrhein-Westfalen. – Sowohl in Bayern als auch in Nordrhein-Westfalen unterstützt der BUND stattdessen alternative Vorschläge zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. So könne man in München die Fahrzeit zwischen Hauptbahnhof und Flughafen statt mit dem mindestens 1,6 Milliarden Euro teuren Transrapid auch mit einer nur rund 250 Mio Euro kostenden Express-S-Bahn halbieren. Auch in NRW würden zusätzliche Regionalexpresslinien, schnellere Züge und höhere Taktdichten erheblich mehr Nutzen bringen. Von diesen Fortschritten würden dann alle Verkehrsteilnehmer profitieren. www.bund.net

Die Politik des Bundes schiebt seit Jahrzehnten ihre Folgelasten nach unten ab. Die Länder sind durch ihre verfassungsrechtlich starke Position im Bundesrat in der Lage, die Probleme auf die Kommunen abzuwälzen.

Das ging so lange recht und schlecht dahin, wie ein nennenswertes Wirtschaftswachstum den Kommunen ermöglichte, die Bürde irgendwie zu finanzieren. Gegenwärtig ist das nicht mehr

möglich. Also kommen die Probleme der globalen Politik, die Gefährdung des Friedens, die Flüchtlingsströme, die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes bei den Kommunen an. Sie lösen dort eine Diskussion der Ursachen aus.

Die institutionalisierte Misshandlung der Kommunen durch die Länder und den Bund ist auch eine Misshandlung durch die in Bund und Land führenden Parteien. Es tut sich eine Kluft zwischen

Bundes-/Landespolitikern und Kommunalpolitikern auf, die durch die Disziplin der Parteien nicht mehr ganz geschlossen oder überbrückt wird.

Wenngleich in allen Parteien klar ist, dass die Finanzierung der Kommunen nicht bleiben kann, wie sie ist, gibt es doch nirgendwo einen Ansatz zu einer durchgreifenden Neuordnung der verfassungsrechtlichen Beziehungen. Die Ansätze, die es in dieser Richtung bei den

Stadt Göttingen unterstützt als erste deutsche

GÖTTINGEN. Die Stadt Göttingen hat als erste deutsche Kommune beschlossen, das globalisierungskritische Netzwerk Attac zu unterstützen.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS entschied der Rat am Freitag, 7. Februar 2002, dass sich die Stadt der „Erklärung der

Kommunen zur Unterstützung von Attac Deutschland“ anschließt. Hier der Beschluss:

„Der Rat möge beschließen:

Die Stadt Göttingen schließt sich der als Anlage beigefügten Erklärung der Kommunen

zur Unterstützung von Attac-Deutschland an.“

Die im Rat beschlossene Begründung wiederholt in geraffter Form Argumente aus der attac-Erklärung (siehe Kasten). Abschließend heißt es dann:

„... Die in der als Anlage angefügten Erklärung

Erklärung von Kommunen zur Unterstützung von Attac Deutschland

Die Globalisierung ist ein Umbruch von historischen Dimensionen. Sie verändert die Gesellschaft mit enormem Tempo und greift tief in unsere Lebensbedingungen ein. Sie wird bisher einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen dominiert, von großen Banken, Investmentfonds, transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzern. Ihr Leitbild ist der Neoliberalismus. Nach dieser Ideologie lassen sich die gesellschaftlichen Probleme am besten lösen, wenn man sie dem Markt und den Privatunternehmen überlässt.

Das neoliberale Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich jedoch nicht erfüllt, im Gegenteil:

- Die soziale Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut in der Dritten Welt. Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert und verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz.
- Die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt. Auch bei uns nehmen soziale Unsicherheit, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit zu. Die sozialen Sicherungssysteme werden abgebaut und sind von Privatisierung bedroht. Renten, Gesundheit, Bildung sollen zur Ware werden.
- Demokratie wird untergraben, weil Global Players mit der Drohung, den „Standort“ zu wechseln, zunehmend die Politik diktieren.
- Neue Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern entstehen. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau werden wesentlich mithilfe unter- und unbezahlter, flexibler Frauenarbeit vollzogen. Auch Männerarbeit wird zunehmend nach diesem Modell der weltweit ungeschützten flexibilisierten Billigjobs

dereguliert und globalisiert.

- Die Globalisierung hat zu einer krassen Zunahme sexistischer und struktureller Gewalt gegen Frauen wie z. B. des transnationalen Handels mit Frauen und Kindern geführt. Die Opfer der neuen, globalisierten Kriege sind ebenfalls in überwiegender Mehrheit Frauen und Kinder.
- Die Lösung der Umweltprobleme wird verschleppt. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden durch die Unterwerfung unter die Marktlogik zerstört.
- Kulturelle Vielfalt wird durch eine ökonomisch mächtige Kulturindustrie eingeplant. Die Suggestivkraft von Werbung und Markenlogos bestimmt immer stärker Wertorientierungen und gesellschaftliche Leitbilder.
- Neben anderen Gründen sind es hegemoniale Interessen und neue Rohstoffquellen (Öl und Gas), zu deren Sicherung reiche Industriestaaten zunehmend militärische Planungen und kriegerische Interventionen durchführen. Die neoliberale Globalisierung hat sehr viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervorgebracht. Sie begünstigt damit politische Destabilisierung und ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terrorismus. Dies führt zur Rechtfertigung von weltweiter Aufrüstung, von Militarisierung und zur Aushöhlung demokratischer Rechte.

Wir brauchen eine andere Politik

Die neoliberale Globalisierung ist keineswegs schicksalhaft und alternativlos. Sie ist von den Regierungen der großen Industrieländer und mit Hilfe von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) zielgerichtet betrieben worden. Deutschland und die EU spielen dabei sowohl nach innen (Liberalisierung der Binnenmärkte) als auch bei der neoliberalen Zurichtung

der Weltwirtschaft eine maßgebliche Rolle.

Dazu gab und gibt es wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen. Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung. In ihr gibt es mehr gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit und eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung des Nordens wie des Südens. Wir wollen eine Welt, in der Demokratie für alle Menschen gewährleistet ist und kulturelle Vielfalt erhalten bleibt.

Diese Ziele sind nur durchsetzbar, wenn es eine starke, international handelnde gesellschaftliche Bewegung gibt. Attac ist Teil dieser Bewegung, die sich in Seattle, Prag, Genua sowie anderen Orten formiert hat und sich unter anderem im Weltsozialforum von Porto Alegre weiter entwickelt.

Attac will als Teil der außerparlamentarischen Bewegung einen Beitrag für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft leisten.

Attac streitet für eine neue Weltwirtschaftsordnung, in der der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird.

Attac ist Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich.

Attac setzt sich ein für:

- Ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab.
- Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen,

Grünen gegeben hatte, werden seit langem nicht mehr weiter verfolgt.

Ein weiterer Grund für die ausgreifende Diskussion in den Kommunen liegt in der Veränderung ihrer Arbeitsbedingungen, die durch internationale Abkommen oder auch durch Vorschriften der EU vorgegeben werden. Ihnen ist gemeinsam, dass sie die Balance zwischen den Privaten und der öffentlichen Hand zuungunsten der Kommunen verschieben wollen,

was diese besonders in Krisenzeiten hindert, sich durch nicht-marktkonforme Maßnahmen zu helfen.

Ob der ein Göttingen eingeschlagene Weg mit der attac-Erklärung, die ihrem Inhalt nach ein Quasi-Parteiprogramm ist, erfolgversprechend ist? Letztlich braucht es eine Konzeption für eine Verfassungsänderung der Aufgaben und Rechte der Kommunen. Genau dieses Problem spart attac aber auch aus.

Kommune die Ziele von Attac

Die genannten Ziele von Attac können somit auch von der Stadt Göttingen geteilt werden. In Frankreich haben sich bereits 60 Kommunen Attac angeschlossen. Göttingen wäre die erste deutsche Stadt, die sich mit dieser Bewegung verbünden würde. Göttingen könnte sich auf diese Weise als weltof-

fene wie auch sozial engagierte Stadt der internationalen Öffentlichkeit zeigen.“

Spezifisch auf Göttingen bezogene Aussagen enthält die Begründung nicht.

Den vollständigen Text gibt es bei:
www.gruene-goe.de

sog. Tobinsteuer und die Verwendung der Einnahmen für internationale Umwelt- und Entwicklungsaufgaben.

- Die Schließung der Steueroasen, die Regulierung von Derivaten und das Verbot von hochspekulativen Fonds (sog. Hedge-Fonds).

- Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.

- Die Lösung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, die Beendigung der neoliberalen Strukturanpassung sowie die Ablösung der Diktatur der Gläubiger durch ein faires und transparentes Verfahren.

- Eine Welthandelsordnung, die den Interessen der Entwicklungsländer, sozial Benachteiligten und der Umwelt Vorrang einräumt.

- Internationale Institutionen, die diesen Zielen und nicht den Interessen von Industrieländern, Konzernen und korrupten Eliten dienen.

- Ein demokratisches und soziales Europa, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und der Solidarität mit den anderen Teilen der Welt orientiert. Wir wehren uns gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechtes, der Bewegungsfreiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Wir weisen die Kriminalisierung der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung zurück.

- Eine demokratische Reform der öffentlichen Dienstleistungen. Wir setzen uns ein für ein Niveau sozialer Sicherung, das allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Wir wenden uns gegen Privatisierung öffentlicher Dienste und der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge z. Bsp. des Gesundheits- und Bildungssystems sowie der Wasserversorgung, wie sie im Rahmen des GATS-Abkommens droht. Die Privatisierung öffentlicher Güter und genetischer Ressourcen lehnen wir ab.

- Ein System der solidarischen Alters-

sicherung.

- Umverteilung und Umbewertung von Erwerbs- und unbezahlter Arbeit im Rahmen der internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

- Eine soziale und ökologische Gestaltung der Landwirtschaft. Gentechnisch veränderten Produkte und Patente auf Leben lehnen wir ab.

- Die Regulierung und Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne und ökonomischer Machtzusammenballungen durch Kartelle und Fusionen. Wir fordern u. a. höhere Unternehmenssteuern, existenzsichernde Löhne, Arbeitsrechte und Mitentscheidungsrechte für Beschäftigte, Gleichstellungsaufgaben, soziale und ökologische Standards.

Die Kommunen in der Globalisierung

Die Kommunen sind durch die Globalisierung auf direkte Weise betroffen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung gestalten sie das unmittelbare Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger wesentlich mit. Dabei sind sie dem Druck ausgesetzt, viele neoliberale Politikempfehlungen der Landes- und Bundespolitik z.B. in den Bereichen Steuern, Umwelt und Soziales vor Ort umzusetzen. Zugleich werden die politischen Spielräume der Kommunen durch die Globalisierung tagtäglich weiter reduziert. Sie tragen die finanzielle Hauptlast der sozialen Polarisierung in der Gesellschaft und sind durch sinkende Steuereinnahmen infolge der bundesweiten Steuerpolitik und der regionalen Standortkonkurrenz immer weniger in der Lage, ihre Verantwortung für die Bereitstellung sozialer Dienste nachzukommen. Als Kommunen bekennen wir uns zu den Zielen und Forderungen von Attac und versuchen, unsere politischen Spielräume im Sinne dieser Ziele und Forderungen zu nutzen.

www.attac.de

attac Mannheim: Veranstaltung zu „cross border leasing“

Von der Versuchung in der Wüste

Als hätte es die Stadtverwaltung geahnt: Auf ihren Antrag hin verschob der Mannheimer Gemeinderat am 11.2. die Entscheidung über das Finanzabenteuer: Vermietung des Mannheimer Kanalsystems nebst Kläranlage an „US-Investoren“. Gründe hiergegen gibt es genug, wenn man nur unvoreingenommen darüber nachdenkt. Und diese Gründe waren zu hören bei einer von KOMMA unterstützten Veranstaltung von attac Mannheim. Dr. Werner Rügemer, bundesweit anerkannter Experte auf diesem Gebiet, gab Einblick in die Hinter- bzw. Abgründe dieser seit 1995 grassierenden Marotte (verzweifelter) städtischer Kämmerer. ...

Undemokratisch

Es ist schon bezeichnend: Auch Werner Rügemer hat bis heute keinen einzigen Vertrag zu Gesicht bekommen, mit dem ein „cross border leasing“ geregelt wird. Es gibt lediglich Transaktionspläne, die den Gemeinderäten zur Abstimmung vorgelegt werden, und mit denen sich auch die Regierungspräsidien als Kontrollorgane der Kommunen bisher zufrieden geben. Es werden also gewaltige Geschäfte eingefädelt und auch getätigt, ohne dass die eigentlichen Verantwortungsträger wirklich informiert sind über die Gesamtheit der Regelungen und damit auch der Risiken. Dies gilt auch für den Mannheimer Gemeinderat.

Briefkastenfirmen

Der Vorgang ist, wie schon berichtet, folgender: Zur Abwicklung des transatlantischen „kreativen Steuerspargeschäfts“ wird ein „Trust“ im US-Bundesstaat Delaware gebildet – kein großartiges Unternehmen, sondern eine schlichte Briefkastenfirma, die von meist mehreren „Investoren“ gehalten wird, meist auch deutschen Großbanken. Diese Miteigentümer bleiben jedoch immer ungenannt und somit im Dunklen. Einige tausend solcher Trusts sind inzwischen bekannt. Delaware ist eine steuerrechtliche Sonderzone der USA, die dem US-Konkursrecht entzogen ist.

Solch ein „Trust“ mietet also, wenn es so weit kommen sollte, die Abwasserinfrastruktur, nicht ohne vorher mittels eines ganzen Ingenieurstabs den gegenwärtigen Wert der Anlage möglichst präzise zu erfassen.

Das sachliche Interesse des „Investors“ an Kanalisation und Klärwerk ist damit erledigt. Nun geht es nur noch um die Definition der für die Zukunft zu erwartenden Erträge. Diese sind natürlich sehr stark von der künftigen Gebühren(steuigerungs)politik bestimmt ... ➔

→ Schillerndes Doppelleigentum

Sollten die Verhandlungen erfolgreich für den „Investor“ zu Ende gebracht werden, kommt der Tag der Übertragung und Abrechnung: Die zu leasende Anlage geht für 100 Jahre auf den „Trust“ über: Der „Investor“ darf sich nach US-amerikanischem Recht als Eigentümer sehen. Die beteiligte Kommune auf europäisch / deutscher Seite darf sich jedoch ebenfalls weiterhin als Eigentümerin sehen; denn sie schließt den Leasingvertrag zunächst für nur ca. 30 Jahre ab. Mit dem Leasingvertrag verpflichtet sich die Kommune, den Wert der Gesamtanlage (740 Mio. Euro) auf dem Stand des Abschlusstages zu halten – 100 Jahre lang, unabhängig vom tatsächlichen Bedarf angesichts sinkender Abwasseraufkommen.

Der „Trust“ „zahlt“ nun der Kommune auf einen Schlag die Leasinggebühren für 100 Jahre (daher die Pflicht zur Werterhaltung). Der damit faktisch einhergehende „Eigentümerwerb“ löst bei dem „Investor“ in den USA einen Steuervorteil von ca. 20% bis 35% aus.

Die Stadt zahlt am gleichen Tag die Summe unter Abzug von ca. 5% Netto-Barwertvorteil an die vermittelnden Banken zurück, die den Investor zuvor mit der Transaktionssumme ausgestattet haben. Es handelt sich also um eine reine zirkuläre Geldschieberei auf dem Papier, bei der einerseits ein Netto-Barwert hängen bleibt, andererseits ein Steuervorteil für den „Investor“.

Es wird also tatsächlich nichts investiert und kaum Geld bewegt. Im Lichte der deutschen wie auch der US-amerikanischen Wirtschaftsprüfungsrichtlinien ein Scheingeschäft. Es dient den „Investoren“ neben ihrem Steuervorteil auch zur Bilanzaufblähung, Steigerung des Kreditrahmens und letztlich Aktienkurssteigerung. Die Clinton-Administration war deshalb bemüht, diesem Spuk ein Ende zu bereiten, kam aber gegen die Banken-Lobby nicht durch.

Risiken

Für die „Investoren“ besteht kein Risiko. Denn ihr Geschäftspartner, die Kommunen, sind nach deutschem Recht nicht konkursfähig. Die nächst höhere Ebene, das Land, muss letztlich die Verbindlichkeiten decken. So beschäftigen sich denn auch „rating-Agenturen“ damit, die Länder einem regelmäßigen „ranking“, der Einstufung nach Zahlungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit, zu unterwerfen. Für die Kommunen ist das Risiko hingegen real vorhanden: Wird der „Investor“ insolvent, würde über sein „Eigentum“, z.B. also auch die Mannheimer Kanalisation, verfügt. Käme es in den USA zu Änderungen des Steuerrechts und entfielen der Steuervorteil, so würde nach Ansicht Rügemers das Risiko bei den „Investoren“ liegen, wenn es nicht – wie in manchen Fällen – gelungen ist, vertraglich dieses Risiko zumindest teilweise auf die Kommune abzuwälzen. Bei Änderungen im deutschen Steuerrecht hat die Kom-

mune das Risiko vollständig zu tragen.

Kommt die Gemeinde ihren Werterhaltungsverpflichtungen nicht nach, kann sie regresspflichtig gemacht werden. Dies kann über die Jahre hinweg wesentlich teurer werden, als der Netto-Barwert erbrachte – ein Minusgeschäft.

Versäumt die Stadt nach 30 Jahren die Kündigung des Leasingvertrages, geht das Abwassersystem tatsächlich und eindeutig in das Eigentum des „Investors“ über und verliert die Stadt die Oberhoheit über ihre Infrastruktur. Können sich Kommunen, kann sich Mannheim in 30 Jahren eine Ablösung des Vertrages leisten? Gerichtsstand bei Streitigkeiten ist New York; es gilt amerikanisches Recht.

Widerstand und Kalte Füße

Der Cross-border-Trick hat in den Kommunen FreundInnen von CDU/CSU bis Grün, aber ebenso stößt er in diesen Parteien auch auf eine Ablehnungsfront. Die Chancen und Risiken werden sehr unterschiedlich bewertet. Immerhin aber hat Stoibers Landesregierung inzwischen die Notbremse gezogen. Finanzminister Faltlhauser findet inzwischen das Cross-border-leasing „unmoralisch“.

Sicherlich nicht ohne Wirkung auf diese Erleuchtung war ein äußerst erfolgreiches BürgerInnenbegehren gegen ein vom Gemeinderat beschlossenes Cross-border-leasing am 11.11.02, von dem Rügemer aus Kulmbach zu berichten weis: In kürzester Zeit (zwei Monate) sammelte eine Initiative die erforderlichen Unterschriften. Das erforderliche Quorum von 20% der Wahlberechtigten wurde um 100% übertroffen. Das Abstimmungsergebnis war eindeutig: 6.000 BürgerInnen wollten der Gemeinderatsmehrheit nicht folgen, nur 1.200 fanden sich zur Unterstützung des Projekts. ... Der dortige Cross border ist gestoppt.

Jedenfalls ist Bewegung in das Thema gekommen. Der jüngste Beschluss des Mannheimer Gemeinderats ist ein Beleg hierfür. Offen ist freilich: Welche Gelder wären bei Abbruch der Vertragsverhandlungen inzwischen verausgabt bzw. noch zur Entschädigung fällig? ... Übrigens hat der Grüne Kreisverband Mannheim, der in dieser Frage ebenfalls gespalten war, am 12.2. einstimmig eine Resolution gegen die Verhökung des Abwassersystems und gegen Cross border leasing insgesamt verabschiedet.

attac entwickelt weitere Aktivitäten

Die Mannheimer attac-Gruppe schlug auf der Veranstaltung eine Resolution sowie einen an den Mannheimer OB zu richtenden Fragenkatalog vor, die beide von den VeranstaltungsteilnehmerInnen per Akklamation gebilligt wurden. Eine Arbeitsgruppe will sich weiter mit dem Thema befassen. Man kann sich unter 0621-736773 hierfür melden.

Aus: KI-Mannheim, gekürzt,

Original mit Dokumenten: (kim04.pdf) über <http://www.gnn-archiv.staticip.de/archiv/>

Cross-Border-Leasing-Verbot in Bayern:

Bayerischer Städtetag sieht es anders:

In der letzten Ausgabe berichteten wir über Initiativen gegen riskante Geschäftspraktiken der Gemeinden, die sich positiv auf Kritiken der Bayerischen Staatsregierung bezogen. Hier nun eine Äußerung des Bayerischen Städtetags, vertreten durch seinen langjährigen Präsidenten Josef Deimer, CSU, OB in Landshut. – Wahrscheinlich geht Deimer fehl, wenn er fordert, die Kommunen den Privaten wettbewerblich gleichzustellen, es käme eher darauf an, ihre Sonderstellung herauszuarbeiten.

MÜNCHEN. Einstimmig abgelehnt hat der Vorstand des Bayer. Städtetags die Absicht der Bayer. Staatsregierung, den Städten die Möglichkeit Cross-Border-Leasing-Geschäfte oder Sale-and-lease-back-Geschäfte per Gesetz zu verbieten. Das Bayer. Kabinett hat einen entsprechenden Gesetzentwurf im Landtag eingebracht.

Der Bayer. Städtetag hält das Vorgehen der Staatsregierung für eine unzulässige Bevormundung der Städte. Nach Auffassung des Vorsitzenden des Verbandes, Oberbürgermeister Josef Deimer, kommen die alternativen Finanzierungsmodelle ohnehin nur für große Städte in Frage. Diese seien aber selbst in der Lage, das finanzielle Risiko hinreichend abzuschätzen. Deimer: „Der Staat sollte sich überlegen, warum die Kommunen gezwungen sind, solche Wege zu gehen. Würde er für eine ausreichende Finanzausstattung sorgen, müssten sich die Städte Geld nicht über Steuersparmodelle beschaffen“.

Derzeit gibt es in Deutschland ca. 120 Cross-Border-Leasing-Transaktionen, davon fünf in Bayern (...) Die Bedenken der Staatsregierung, dass Cross-Border-Leasing bzw. Sale-and-lease-back-Geschäfte mit hohen Risiken für die Städte verbunden seien, kann im Städtetag nicht nachvollzogen werden (...)

Beim Abschluss von *US-Cross-Border-Geschäften* handelt es sich um legale Verträge, mit dem Ziel, die Steuerersparnis amerikanischer Investoren zur Hälfte dem deutschen Leasingnehmer zu Gute kommen zu lassen (...) Bei *Sale-and-lease-back-Geschäften* fallen Erbschaftssteuererleichterungen an, die ebenfalls zwischen Leasinggeber und Leasingnehmer geteilt werden. Die Steuerersparnis geht zu Lasten des deutschen Fiskus. Daraus allerdings den Kommunen unmoralisches Verhalten vorzuwerfen, ist unredlich (...) Deimer: „Wer auf der einen Seite den Wettbewerb zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen forciert, muss auf der anderen Seite auch akzeptieren, dass für beide die gleichen Steuergesetze gelten. Mit Moral hat das nichts zu tun“.

www.bay-staedtetag.de

Schulterschluss Gewerkschaft mit Bürgermeistern:

MÜNCHEN. Im Kampf gegen die kommunale Finanznot will ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske mit den Oberbürgermeistern deutscher Großstädte gegen die Bundesregierung demonstrieren. Er denke an Protestaktionen in den Innenstädten, sagte Bsirske am 20. Februar in München. Auch mehrere Wohlfahrtsverbände wollten sich beteiligen. Schwerpunkt der Proteste solle München sein. Rot-Grünbürde den Kommunen immer mehr Lasten auf, kritisierte Bsirske.

www.verdi.de

Gewerbesteuer-Umlage:

BERLIN. „Die Berliner Regierungskoalition plündert die Städte und Gemeinden aus“, kommentierte der Vorsitzende des Bayer. Städtetags, OB Josef Deimer, den Mehrheitsbeschluss des Bundestags, die Gewerbesteuer-Umlage nicht zu senken. Auf Antrag Bayerns hatte der Bundesrat eine Gesetzesinitiative ergriffen, mit dem Ziel, die Gewerbesteuer-Umlage von 30 auf 20 Prozentpunkte zu senken. Dies hätte den Städten und Gemeinden in diesem Jahr 2,3 Milliarden Euro gebracht. Die Gewerbesteuer-Umlage war zum 1. Januar 2001 im Zuge der Steuerreform erhöht worden, weil die Gewerbesteuer insbesondere wegen verschlechterter Abschreibungsbedingungen massiv ansteigen sollte. Tatsache ist aber, dass die Gewerbesteuer vom Jahr 2000 bis Ende 2001 von 27 Milliarden Euro auf 23,2 Milliarden Euro im Bundesgebiet zurückgegangen ist. Der Bundesfinanzminister hat seine Ankündigung, die Abschreibungsätze zu verändern bis auf eine Ausnahme nicht wahr gemacht, sondern ist vor der Lobby der Wirtschaftsverbände eingeknickt. Deimer: „Damit ist die Geschäftsgrundlage für die Erhöhung der Gewerbesteuer-Umlage weggefallen. Es ist unfair, wenn die Regierungskoalition den Städten weiterhin in die Tasche greift.“

www.bay-staedtetag.de

Gemeindefinanzreform der Bertelsmann-Stiftung:

GÜTERSLOH. Die von der Bertelsmann Stiftung geforderte Bürgersteuer soll die 15 Prozent der Einkommensteuer ersetzen, die den Kommunen bisher als Zuweisung des Landes zufließen. Mit der neuen Steuer würde der Bürger nicht mehr zahlen als vorher, kann dafür aber erstmals auf seinem Steuerbescheid sehen, wie viel von seiner Einkommensteuer direkt vor Ort ausgegeben wird. Diese Steuer ist nur in Verbindung mit grundsätzlichen Änderungen bei der Gewerbe- und der Grundsteuer realisierbar. Um mehr Steuergerechtigkeit zu erzielen, soll die Gewerbesteuer abgeschafft und durch eine lokale Wirtschaftssteuer ersetzt werden, die alle wirtschaftlich Tätigen angemessen an der Finanzierung der von

ihnen in Anspruch genommenen kommunalen Infrastruktur beteiligt, also auch Freiberufler und Landwirte.

Zu einer wirksamen Gemeindefinanzreform gehört nach Ansicht der Stiftungs-Experten außerdem das sogenannte Konnexitätsprinzip, d.h.: wer bestimmte Aufgaben bestellt, muss sie auch bezahlen. Danach dürfen Entscheidungen von Europäischer Union, Bund und Ländern, die sich auf die Ausgaben der Kommunen auswirken, nur bei gleichzeitiger Klärung der Finanzierungsfrage getroffen werden.

Zum Expertenteam, das das Positionspapier hat, gehören: Prof. Dr. Gisela Färber, Hochschule für Verwaltungswissenschaft Speyer (u.a. Mitglied der Rürup Kommission), Dr. Annette Fugmann-Heesing, Finanzministerin Hessen a.D. und Finanzsenatorin Berlin a.D., Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, sowie Prof. Dr. Martin Junkerheinrich, Universität Trier (u.a. Mitglied des wiss. Beirats der Gemeindefinanzkommission der Bundesregierung). 11.2.03 www.bertelsmann-stiftung.de

Urteil zur Pauschalisierung der Sozialhilfe:

MÜNCHEN. Zur umstrittenen Pauschalierung der Sozialhilfe (einmalige Leistungen) hat jetzt der Bayer. VGH am 6. Februar 2003 (Az.: 12 CE 02.2544) ein aufsehenerregendes Urteil gesprochen. Demnach wird die Pauschalierung der einmaligen Beihilfen im Rahmen der Experimentierklausel des § 101 aBSHG generell für unzulässig erachtet. Die Münchener Richter verwiesen zentral darauf, durch § 21 1 b BSHG würde alleine dem Bund im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung für die Sozialhilfe die Kompetenz für die Pauschalierung von Leistungen einmaliger Leistungen zukommen. Hierzu heisst es im Urteil: „Da § 21, Abs. 1 bBSHG sich nur an die Bundesregierung richtet, sind die Landesregierungen insoweit für Pauschalierungsregelungen nicht zuständig. Durch § 21, Abs. 1 b BSHG hat der Bund im Rahmen seiner konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz für die Sozialhilfe die Pauschalierung von einmaligen Leistungen für den Lebensunterhalt umfassend an sich gezogen. Dementsprechend kann auch die infolge des Ausbleibens einer Rechtsverordnung nach der genannten Vorschrift seit langem bestehende Regelungslücke bezüglich einer Pauschalierung der in § 21, Abs. 1 a BSHG genannten einmaligen Leistungen nicht mit Hilfe von § 101 a Satz 2 BSHG durch die Länder geschlossen werden.“ Weitere Klageverfahren haben damit eine hohe Erfolgsaussicht, da nun erstmals eine VGH-Entscheidung vorliegt und die ablehnende Einschätzung eines Richters am BVerwG ebenfalls durch die Fachwelt geht.

www.tacheles.wtal.de
Zusammenstellung: baf

Konsum stagniert, Investitionen auch

Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken Mrd. EUR			
Gegenstand der Nachweisung	2000 ¹	2001 ¹	2002 ¹
in jeweiligen Preisen			
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	177,15	187,89	190,54
Bekleidung und Schuhe	73,04	74,57	74,05
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	272,44	284,92	289,35
Einrichtungsgegenstände, Geräte für den Haushalt	81,98	83,04	81,21
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	186,38	191,23	195,76
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	109,08	112,21	111,42
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	56,21	57,31	56,37
Übrige Verwendungszwecke	166,09	171,39	176,07
= Konsumausgaben der priv. Haushalte im Inland	1 122,37	1 162,56	1 174,77

Die vom Statistischen Bundesamt und der Bundesbank veröffentlichten (vorläufigen) Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Der Konsum stagniert. Die deutlich gestiegenen Ausgaben für Heizung, Strom sowie Mobilität sind Folge steigender Energiekosten und kein Mehrkonsum. Geldlich und sachlich sinken die Ausgaben vor allem für Einrichtungsgegenstände, für Urlaub, für Gaststättenbesuche. Noch dramatischer sind die Einbrüche bei den Anlageinvestitionen:

Bruttoanlageinvestitionen nach Güterarten Mrd. EUR			
Gegenstand der Nachweisung	2000 ¹	2001 ¹	2002 ¹
in jeweiligen Preisen			
Bruttoanlageinvestitionen	438,77	416,31	390,33
Ausrüstungsinvestitionen	175,83	166,34	153,57
-Maschinen und Geräte	131,26	127,18	...
-Fahrzeuge	44,57	39,16	...
Bauinvestitionen	240,15	226,24	212,63
-Wohnbauten	140,92	131,22	123,53
-Nichtwohnbauten	99,23	95,02	89,10
Sonstige Anlagen	22,79	23,73	24,13

Es liegt eine Wirtschaftssituation vor, die nur dann zu neuem Wachstum führt, wenn entweder echt innovative Produkte auf den Markt kommen – das ist derzeit nicht absehbar – oder wenn durch öffentliche Investitionen ein Anschub passiert – Keynes feiert nicht nur bei den Gewerkschaften eine Art Wiederauferstehung. Projekte fallen einem genug ein: Kommunale Investitionen an erster Stelle, aber auch eine flächendeckende Verbesserung der Mobilität mit dem Schienenverkehr. Im folgenden dokumentieren wir ein Positionspapier des Bundesvorstandes von ver.di zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, das sich mit diesen Problemen befasst.

Positionspapier ver.di-Bundesvorstand

„Binnennachfrage ist das Hauptproblem“

Deutschland befindet sich zu Beginn des Jahres 2003 in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Die Arbeitslosigkeit hat wieder eine bedrückende Höhe erreicht. Die weitere Entwicklung ist mit vielen Risiken be-

haftet. Deutschland verfügt über eine kraftvolle internationale Wettbewerbsfähigkeit. Das Hauptproblem ist die gedrückte Dynamik der Binnennachfrage.

Deshalb muss alles unternommen werden, um die binnenwirtschaftlichen Kräfte zu stärken. Neben der tariflichen Einkommenspolitik ist hier insbesondere die Finanzpolitik gefordert. Die öffentlichen Zukunftsaufgaben müssen deutlich ausgeweitet werden. Die Finanzierung muss kurzfristig durch zusätzliche Kreditaufnahme erfolgen, mittel- und langfristig muss die Finanzierung durch eine Stärkung der Einnahmeseite erfolgen. Deshalb darf es keine weiteren Steuersenkungen für Vermögende geben. Bezieher hoher Einkommen, Unternehmen und Vermögende müssen im Gegenteil wieder verstärkt zur Finanzierung von gesellschaftlichen Aufgaben herangezogen werden.

ver.di fordert zur Stärkung der Binnennachfrage und Förderung qualitativen Wachstums und zur Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen:

Ein *Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt*. Die öffentlichen Bruttoinvestitionen müssen schrittweise bis spätestens 2006 um etwa 40 Milliarden Euro gesteigert werden. Damit soll als Zielmarke ein Anteil von 3,2 Prozent am Bruttoinlandsprodukt erreicht werden; wie zum Beispiel in den USA. Finanziert werden muss dieses Programm in den nächsten Jahren durch eine Verbesserung der Gewinn- und Vermögensbesteuerung. Die Anzahl der Erwerbstätigen kann so um 500.000 Beschäftigte erhöht werden.

Kurzfristig ist als erster Schritt in diesem Zukunftsinvestitionsprogramm ein *Sofortprogramm* im Umfang von 20 Milliarden Euro notwendig. Die immer mehr wegbrechende Binnennachfrage muss dringend gestützt werden. Am besten und schnellsten ist dies möglich durch eine Stützung der Kommunen. Über die dort drohenden Defizite von 10 Milliarden Euro im Jahr 2003 hinaus, müssen Impulse zur Stärkung der Binnennachfrage gesetzt werden. So wird die Konjunktur und die Beschäftigung stabilisiert, indem vor allem regionale, mittelständische Unternehmen mehr Aufträge erhalten.

Dieses Sofortprogramm muss durch zusätzliche, kurzfristige Kredite vorfinanziert werden. Um dem Gedanken des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes Rechnung zu tragen, sind Zukunftsinvestitionen aus der Berechnung des Defizitkriterium herauszunehmen.

Öffentliche Investitionen und Daseinsvorsorge werden vor allem von den Kommunen geleistet. Die *Gemeindefinanzen* sind so zu reformieren, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden nachhaltig und soweit wie möglich unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung gesichert

und gestärkt wird.

ver.di wendet sich gegen einen weiteren Abbau sozialer Leistungen und weitere Privatisierungen im Bereich der Alterssicherung, der Krankenversicherung und zu Lasten der Arbeitslosen:

Die sozialen Sicherungssysteme müssen durch sinnvolle Reformen finanziell gestärkt und die Qualität und Effizienz ihrer Leistungen gesteigert werden. Ein weiterer Sozialabbau ist nicht hinnehmbar.

Die Senkung der *Lohnnebenkosten* in Verbindung mit dem Abbau sozialer Leistungen lehnen wir ab. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen und der Beschäftigung ist die Stärkung der Nachfrage notwendig, nicht Kostenentlastung. Gerade durch Sozialbeiträge finanzierte Sozialausgaben haben eine erhebliche stabilisierende Wirkung auf die Binnennachfrage.

Aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit sollen die Sozialbeiträge gesenkt werden. Durch höhere Steuereinnahmen von Seiten der Unternehmen und der Vermögenden, müssen *steuerfinanzierte Zuweisungen allgemein gesellschaftlicher Leistungen* finanzieren. Insbesondere wird so die Sozialversicherung von der Finanzierung der Deutschen Einheit entlastet.

Alle Beschäftigungsverhältnisse oberhalb einer Bagatellgrenze müssen in die Sozialversicherungspflicht unter Berücksichtigung der jeweiligen Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenzen einbezogen werden. Alle abhängig Beschäftigten haben Anspruch auf sozialen Schutz. Unternehmerische Anreize für den Ersatz voll sozialversicherter durch andere Beschäftigungsverhältnisse oder durch formal Selbständige darf es nicht geben. Die erfolgte Ausweitung und Lockerung der Regelungen für geringfügige Beschäftigung sowie eine dauerhafte Subventionierung oder steuerliche Bevorzugung selbständiger Tätigkeit und Unternehmen ist falsch.

Bei Reformen des Sozialstaats muss das Sozialversicherungsprinzip, die Kopplung der Sozialeinkommen an die geleisteten Beiträge und die Orientierung an Lebensstandardsicherung in Verbindung mit einem sozialen Ausgleich, beibehalten werden. Die *Privatisierung sozialer Risiken, Leistungsabbau* und eine Perspektive der Zurückführung der sozialen Sicherungssysteme auf eine Minimalabsicherung lehnen wir ab. ver.di fordert zur Stärkung der Staatsfinanzen und für mehr Steuergerechtigkeit einen Kurswechsel der Finanzpolitik:

Die Wiedereinführung einer reformierten *Vermögenssteuer*. Dabei sind ausreichend hohe Freibeträge vorzusehen, etwa von 500.000 Euro für eine vierköpfige Familie. Gleichzeitig sind die aktuellen Werte der Immobilien zur Grundlage der Besteuerung zu machen. Diese Steuern fließen den Ländern zu, Mehreinnahmen können für eine dauerhafte Erhöhung der Zuweisungen an die Kom-

munen genutzt werden.

Eine höhere Besteuerung großer *Erbenschaften und Schenkungen*, indem auch hier eine aktuelle und realistische Immobilienbewertung vorgenommen wird. Dabei ist der Anteil dieser Steuer am gesamten Steueraufkommen zu steigern, ohne die steuerfreie Vererbung von Einfamilienhäusern zu gefährden.

Die jetzt nicht durchgeführten Korrekturen im Bereich der *Besteuerung der Aktiengesellschaften und GmbHs* – Körperschaften – müssen nachgeholt werden. Es muss unter anderem sichergestellt werden, dass die Unternehmen sich der Verpflichtung zur Zahlung von Gewerbesteuern nicht entziehen können. Dazu muss die gewerbesteuerliche Organisation abgeschafft werden.

Die Einführung einer einprozentigen *Börsenumsatzsteuer* stärkt die Staatsfinanzen und ist international üblich, wie zum Beispiel in London.

Bei der *Besteuerung der Zinseinkünfte* muss es bei dem persönlichen Steuersatz bleiben, der dazu führt, dass insbesondere Steuerpflichtige mit hohen Einkommen Zinsen mit 48,5 Prozent besteuern müssen. Zur Sicherstellung der Steuererzahlungen sind Kontrollmitteilungen einzuführen. Die geplante Abgeltungssteuer von 25 Prozent führt zu weiteren Vergünstigungen in Höhe von 3 bis 4 Milliarden Euro bei den Vermögenden. Außerdem würde damit die Abgeltungssteuer von 35 Prozent in europäischen Ländern, die sich nicht Kontrollmitteilungen unterwerfen wollen, noch unterboten.

Keine weitere Absenkung des *Spitzensteuersatzes* in der Einkommensteuer unter die ab 2004 geltenden 47 Prozent. Die ab 2005 geplante Absenkung auf nur noch 42 Prozent ist schädlich. Sie verschärft die Einkommens- und Vermögenspolarisierung und schwächt die Finanzkraft der öffentlichen Hand.

Um mehr finanzpolitischen Handlungsraum zu erlangen, sollte Deutschland sich innerhalb der EU für eine *Reform des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes* einsetzen. Insbesondere in Zeiten konjunktureller Talfahrt darf die Finanzpolitik nicht durch mechanisches Befolgen der „Stabilitätskriterien“ eine rezessive Tendenz befördern. Unter anderem sind Zukunftsinvestitionen – analog der Handhabung in den USA – aus der Berechnung des Defizitkriterium herauszunehmen.

Eine weitere Verschiebung der direkten zu den indirekten Steuern, insbesondere eine Erhöhung der *Mehrwertsteuer* lehnen wir ab. Mehrwertsteuererhöhungen haben eine unsoziale Verteilungswirkung und blockieren wesentlich eine Stärkung der Binnennachfrage.

Die Langfassung des ver.di-Positionspapier zur Wirtschafts- und Finanzpolitik (pdf, 113 kb) ist veröffentlicht unter www.verdi.de/wirtschaftspolitik/standpunkte/finanzpolitik

ver.di Stuttgart lehnt Privatisierung ab

Die Ausgliederung sozialer Dienste mindert die Qualität und geht zu Lasten der Beschäftigten

ver.di Stuttgart lehnt die vom Gemeinderatsfraktionsvorsitzenden der CDU, Michael Föll, und Grünen-Sprecher Werner Wölfler vorgeschlagene Ausgliederung sozialer Dienste ab. ver.di Stuttgart stellt grundsätzlich die Beteiligung der freien Träger nicht in Frage. Viele freie Träger leiden jedoch in zunehmendem Maße unter den Mittelkürzungen und tun sich heute schon schwer, ihre Standards aufrecht zu erhalten. ver.di veröffentlichte dazu eine umfassende Stellungnahme von ver.di-Vertreter/innen in den betroffenen Bereichen:

Städtische soziale Dienste: Bürgerliche Mehrheit und Grüne wollen Privatisierung im großen Stil

Die CDU- Fraktion im Gemeinderat hat das Haushaltssicherungskonzept durch einen fatalen Zusatzantrag weiter verschärft: sie verlangt, die Übertragung städtischer Dienste (einschließlich Ressourcen) auf freie Träger im Verlauf des Jahres 2003 unter strikter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips zu prüfen und hierüber dem Reform- und Strukturausschuss laufend zu berichten. Die Prüfung unter dem Schlagwort „Aufgabenkritik und die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips“ bedeuten schlimmstenfalls, dass alle Aufgaben städtischer Dienste, die keinen hoheitlichen Charakter haben, also keine Pflichtaufgaben der öffentlichen Hand darstellen, von freien Trägern übernommen werden könnten.

Die Umsetzung dieses Antrags kann für viele Kollegen und Kolleginnen, überwiegend Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen beim Jugend-, Sozial- und Gesundheitsamt, aber möglicherweise auch im Kultur- und Sportbereich bedeuten, die Stadt als Arbeitgeber zu verlieren und in Stuttgart nur noch bei einem konfessionellen Träger Arbeit finden zu können – falls der sie überhaupt nimmt: heutzutage hängt eine Einstellung nämlich zumeist davon ab, ob der Bewerber das richtige Gesangsbuch besitzt, bzw. ob er überhaupt eines besitzt.

Die Chancen auf einen nicht weltanschaulich gebundenen Arbeitsplatz für eine Sozialpädagogin oder einen Sozialarbeiter tendieren damit auch in Stuttgart gegen Null. Bundesweit sind ohnehin schon 80% der Stellen in diesem Arbeitsfeld bei konfessionellen Trägern angesiedelt. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland repräsentieren ca. 93.000 Einrichtungen und soziale Dienste mit 1,2 Millionen Beschäftigten.

Für die Bürger und Bürgerinnen Stuttgarts bedeutet eine Entkommunalisierung sozialer Dienste in vielen Bereichen den Verlust ihrer Wahlfreiheit und damit

einen deutlichen Qualitätsverlust. Es gibt gegenüber konfessionell orientierten Diensten und Beratungsstellen verständliche Vorbehalte, wenn man selbst dieser Konfession nicht angehört, es gibt ernst zu nehmende Bedenken, ob eine neutrale, sachliche Information oder die fachlich neutrale Vermittlung einer Dienstleistung von einer Stelle erwartet werden kann, die eventuell im Hintergrund noch einen eigenen Dienst hat, der eben diese Leistung anbietet. Eben diese Bedenken sprechen auch gegen die beabsichtigte Vergabe der bisher vom Bürgerservice Leben Im Alter beim Sozialamt geleisteten Altenberatung an freie Träger.

Das Referat SJG hat inzwischen pflichtgemäß den Auftrag des Gemeinderates umgesetzt und eine Querliste erstellt, in der alle hoheitlichen und subsidiär zu erbringenden Leistungen und die dazu eingesetzten Ressourcen (mehr als 1.600 Stellen mit einem Finanzvolumen von 65 Mio. Euro) aufgelistet werden; dass die Amtsleiter allerdings persönlich auch noch einen Brief mit unterschrieben haben, in dem die freien Träger den Gemeinderatsfraktionen ihre Leistungen andienen, ist schwer verständlich und geht über die Pflicht wohl ein Stück hinaus.

Es bleibt offensichtlich und erwartbar nicht bei Absichten; im Gegenteil, bei der Realisierung wird auf die Tube gedrückt: Stadtrat Föll und seine CDU wollen die Altenberatung mit 31 Stellen und einem Budget von 1.240.000 Euro den freien Trägern überlassen. Der Presse war seither zu entnehmen, dass auch die Jugend- und Drogenberatung beim Gesundheitsamt für freie Träger zur Disposition steht.

Klar muss uns allen sein; wenn begonnen wird, Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge auf den freien Markt zu werfen, dann wird eine Tür geöffnet, durch die nicht nur weltanschaulich gebundene Leistungsanbieter herein drängen, sondern auch am Profit orientierte kommerzielle. Werte wie soziale Gerechtigkeit, mit denen Politiker ihre Festtagsreden schmücken, wiegen wenig bis nichts gegenüber marktwirtschaftlichen Kriterien und sogenannter Kundenorientierung. Was zählt, ist der günstigste Preis, die geringsten Kosten, der höchste Profit.

Im Gemeinderat gab es nur schwächlichen Widerstand gegen diesen Antrag; von den anderen bürgerlichen Parteien war das auch nicht zu erwarten. Die Grünen, deren Sprecher bei einem großen Wohlfahrtsverband angestellt ist, unterstützten ihn nach Kräften. Die Vertreter der Gemeinderatsfraktionen stehen sich aus der Verantwortung für die Bürger und Bürgerinnen, von denen sie gewählt worden sind.

Wolf im Schafspelz? HB, Fr/Sa, 14./15.2.03. BDA-Präsident D.

Hundt antwortete auf den Aufruf des Reeders P. Krämer aus Hamburg, Gewerkschaften und Unternehmer sollten gemeinsam gegen Krieg demonstrieren, in der Süddeutschen Zeitung wie folgt: Der Aufruf sei ein Wolf im Schafspelz des alten linken Antiamerikanismus von Künstlern und Intellektuellen. Er vermisse, dass kein einziges Wort über das diktatorische Regime in Bagdad verloren werde.

Mehr Mitsprache von Arbeitgebern in Sozialversicherungen gefordert. HB, Mittwoch, 19.2.03.

Ähnlich wie bei Aktiengesellschaften soll es künftig, wenn es nach dem Willen der BDA geht, hauptberufliche Vorstände geben, kontrolliert durch paritätisch von Arbeitgebern und Versicherten besetzte Aufsichtsratsgremien. Staatliche Bürokratie führe in der Regel zu Effizienzverlusten und damit zu Kostensteigerungen, so G. Goth, Vorsitzender des Ausschusses Soziale Sicherung der BDA. Die Arbeitgeber wollen künftig bei Gestaltung und Durchführung der sozialen Sicherung stärker mitwirken, da auch sie mit ihren Beiträgen die Sozialversicherungen bezahlen.

Arbeitgeber befürchten Verschärfung der Konjunktur-Krise durch Irak-Krieg. DIHK und BDI befürchten, dass im Falle eines Irak-Kriegs eine Rezession kaum abwendbar sei. Die Stimmung in den deutschen Unternehmen ist laut DIHK derzeit so schlecht wie seit der Rezession vor 10 Jahren nicht mehr.

BDA begrüßt Verdi-Vorschlag zur Lockerung des Kündigungsschutzes.

HB, Freitag/Samstag, 21./22.2.03. D. Hundt, BDA-Präsident, begrüßte die Äußerungen F. Bsirskes (Verdi) als Beleg dafür, dass die Gewerkschaften zumindest teilweise ihre Blockadehaltung beim Kündigungsschutz aufgeben hätten. Allerdings gehen ihm die Vorschläge nicht weit genug. Eine Reform dürfe sich nicht auf kleinste Details bei der Sozialauswahl beschränken, sondern müsse grundsätzlich gelockert werden, um seine beschäftigungshemmende Wirkung zu beseitigen. F. Bsirske hatte vorgeschlagen, bei der Sozialauswahl im Falle von Kündigungen die Altersstruktur der betroffenen Unternehmen zu berücksichtigen (die bisher gültige Regelung wird von der Wirtschaft kritisiert, da sie die Unternehmen zuerst zur Trennung von ihren jüngeren Beschäftigten zwingt) und die sozialen Auswahlkriterien bei Kündigungen klarer zu fassen.

Presseauswertung: rst

Mit 28 gegen 21 Stimmen entschied sich der **Landespartei-tag der bayerischen PDS** am letzten Samstag (22.2.03) in Regensburg gegen eine Beteiligung an den **Landtagswahlen im kommenden Herbst**. Der Landespartei-tag stellte ferner nahezu einmütig fest, dass damit eine Beteiligung an den Bezirksvertretungen, die auf der Ebene der sieben bayerischen Regierungsbezirke zum selben Zeitpunkt gewählt werden, keineswegs ausgeschlossen sei (konkrete Pläne für solche Beteiligungen lagen allerdings noch nicht vor). In der Diskussion hatten die Befürworter einer Wahlbeteiligung vor allem damit argumentiert, dass man jede Gelegenheit nutzen müsse, an die Öffentlichkeit zu treten. Dagegen wurde geäußert, dass die Öffentlichkeitswirkung einer völlig chancenlosen Wahlbeteiligung eher negativ sei, dass es aus organisatorischen und inhaltlichen Gründen schwierig sein würde, die formalen Bedingungen (92 Kandidat/inn/en aufstellen, Unterschriftensammlung) zu erfüllen. Die PDS in Bayern habe ihre Bewährungsprobe in den außerparlamentarischen Bewegungen zu bestehen. Darüber hinaus sei es keineswegs verfrüht, mit der Vorbereitung auf die Europawahl zu beginnen, zumal in Bayern eine spezifische Wahlkampagne der CSU zu erwarten sei und somit die PDS in Bayern einen spezifischen Beitrag zu dem überlebenswichtigen Europawahlkampf der Bundespartei zu leisten habe. Der Parteitag war mit ca. sechzig Anwesenden angesichts der exzentrischen Lage der schönen Stadt Regensburg durchschnittlich gut besucht. *maf*

Zum neuen Programmtext erklärt Gabriele Zimmer in einem Interview im Neuen Deutschland:

„Der neue Entwurf ist wesentlich präziser geworden, benennt manche Dinge zugespitzter und ist kürzer. Er ist insgesamt kapitalismuskritischer und sagt klarer, was wir unter demokratischem Sozialismus und unter heutiger sozialistischer Politik verstehen. Insofern meine ich, dass der neue Entwurf für eine große Mehrheit in der PDS identitätsstiftend sein kann.“

Ein entscheidender Einwand am letzten Programmtext war ja gerade, er sei zu wenig kapitalismuskritisch. Der letzte Entwurf wurde auf verschiedenen Ebenen kritisiert. Das neue Papier hat diese Diskussionen aufgenommen. Vor allem der Abschnitt zu den Reformalternativen ist präzisiert worden. Viele Überlegungen, die keinen Eingang in den Programmtext finden konnten, sollen in eine Diskussion über konkrete Politikangebote – etwa zu sozialer Sicherung, Bildung und Kultur – einfließen.

Wer hat den Entwurf geschrieben?

Es gibt eine von der Programmkommission berufene Redaktionsgruppe. Dazu gehören die drei Autoren des letzten Entwurfs [André Brie, Michael Brie, Dieter Klein, d. Red.], der frühere Thüringer Landtagsabgeordnete Klaus Höpcke, Benjamin Howell aus dem PDS-Jugendrat, die Berliner Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner und die ehemalige Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer. Die große Mehrheit der Programmkommission hat ebenso wie alle ostdeutschen Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzenden sowie eine Reihe westdeutscher Landesvorsitzender dafür plädiert, dass dieser Entwurf in die Diskussion geht. Auch der Parteivorstand hat sich bei wenigen Enthaltungen, aber ohne Gegenstimme dafür ausgesprochen. (...)

Im Entwurf heißt es, die PDS wolle zu einem anerkannten Teil des Widerstands gegen den Neoliberalismus werden. Ist das eine neue Bescheidenheit?

Offenbar sind wir nur für einen Teil von Globalisierungskritikern, Gewerkschaftern und Initiativen Partner. Für andere noch nicht. Und wieder andere stehen uns sehr kritisch gegenüber. Da müssen wir mehr Anstrengungen unternehmen als bisher. Außerdem ist es ja in der Partei durchaus umstritten, inwieweit wir uns als Teil dieser Bewegung verstehen.

Warum fehlt der Begriff der gestalten der Opposition im Programmtext?

Weil wir in der Partei bislang keine ausreichende Klarheit über diesen Begriff erreicht haben. Darüber müssen wir uns in der Strategiedebatte noch unterhalten.

Reicht das halbe Jahr bis zum Programmparteitag in Chemnitz, um den Entwurf ordentlich zu diskutieren?

Es muss reichen. Wir haben einfach nicht mehr Zeit dafür. Wenn wir es nicht hinkriegen, das Programm im Oktober zu verabschieden, machen wir uns so lächerlich, dass wir nur noch nach Hause gehen können.

Wie will der PDS-Vorstand mit eventuellen Alternativentwürfen umgehen?

Vorstand und Programmkommission haben einen Entwurf vorgelegt. Wer Alternativen in die Debatte bringen will, muss sich zum vorliegenden Entwurf verhalten. Der ist die Grundlage.

Die Junge Welt veröffentlicht ein „**Minderheitenvotum**“ zum **Programmentwurf von Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf**. In einem Interview erklärt Heuer: „Der jetzige Entwurf ist zwar besser als der erste. Die Grundkonzeption ist aber die gleich geblieben.“

Zusammenstellung: jöd



Nikolaus Brauns: **Schafft Rote Hilfe!** Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919-1938). Großformat (20 x 29 cm), ca. 290 S., ca. 140 Abb., gebunden.

Aus dem Werbeprospekt des Autors

Die erste Gesamtdarstellung der Roten Hilfe Deutschlands

Die vorliegende Arbeit untersucht die verschiedenen Aufgabengebiete der Roten Hilfe von der Sozialfürsorge für die Familien politischer Gefangener über die juristische und rechtswissenschaftliche Tätigkeit bis hin zu illegalen Fluchthilfsaktivitäten und dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die Arbeitsweise der Roten Hilfe wird an den großen nationalen und internationalen Kampagnen deutlich, die sich um für die damalige Zeit so legendäre Namen wie Max Hoelz, Sacco und Vanzetti oder Richard Scheringer rankten. Aber auch die alltägliche Kleinarbeit eines Roten Helfers, das Sammeln von Spenden für die Familienhilfe oder Unterschriften für die Vollamnestie, der Kontakt zu politischen Gefangenen durch Besuche und Briefe, Demonstrationen, Filmabende und Gedenkveranstaltungen für gefallene Revolutionäre werden beleuchtet.

Ein wichtiges, aber vergessenes Kapitel deutscher Geschichte

Rote Hilfe Deutschlands – bei der Nennung dieses Namens reagieren selbst Historiker, deren Fachgebiet die Weimarer Republik oder das Dritte Reich ist, mit fragenden Blicken. Heute ist diese Organisation, deren proletarische Mitgliederzahl Anfang der 30er Jahre derjenigen der SPD ebenbürtig war und zu deren Unterstützern so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Wilhelm Pieck und Herbert Wehner, Erich Mühsam und Kurt Tucholsky, Albert Einstein und Thomas Mann gehörten, in Vergessenheit geraten. Zu Unrecht! Denn viele der von der Roten Hilfe angesprochenen Themen finden sich noch heute im Mittelpunkt der poli-

Die erste Gesamtdarstellung der Roten Hilfe

tischen Debatte. Wenn der Bundestag über eine Änderung des Asylrechts diskutiert und das Bundesverfassungsgericht über die rechtliche Stellung homosexueller Lebensgemeinschaften zu entscheiden hat, wenn bei milden Urteilen gegenüber rechtsextremen Gewalttätern der Vorwurf einer politischen Justiz laut wird und wenn sich eine breite Öffentlichkeit für die Abschaffung der Todesstrafe weltweit ausspricht, so handelt es sich um Themen, zu denen die Rote Hilfe schon vor über 70 Jahren Positionen entwickelte und Kampagnen führte.

Der blinde Fleck der linken wie bürgerlichen Geschichtsschreibung

Eine wissenschaftliche Darstellung der Geschichte, Organisation und Tätigkeitsfelder der Roten Hilfe in Deutschland von ihren Vorläufern während der revolutionären Nachkriegswirren 1919 bis 1923 über den Aufbau der zentralisierten Mitgliederorganisation ab 1924 bis zur Umwandlung der – illegalen – Roten Hilfe in die Deutsche Volkshilfe Ende der 30er Jahre fehlt bislang.

Neue Erkenntnisse auch über die Politik der KPD

Neue Veröffentlichungen zur historischen Kommunismusforschung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre haben die Debatte um die Ursachen der Wandlung der KPD „von einer eigenständigen revolutionären zu einer von Moskau fremdbestimmten Apparatspartei“ wieder belebt. Lagen die Ursachen dieses je nach eigenem Standort als „Bolschewisierung“ oder „Stalinisierung“ bezeichneten Prozesses in inneren oder äußeren Faktoren begründet? Führten die Interventionen widerstreitender Fraktionen der Kominternführung, die auf Strömungskämpfe in der Sowjetunion zurückgingen, zu den scharfen Kurschwankungen der deutschen kommunistischen Partei, oder lagen die Ursachen hierfür in den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Konflikten in Deutschland sowie den Mitgliederinteressen und -einstellungen innerhalb der KPD?

Erstaunlicherweise spielt die Rote Hilfe in dieser Debatte bislang überhaupt keine Rolle, obwohl diese mitgliederstärkste kommunistisch gelenkte Massenorganisation ab 1928 ebenfalls in den Sog der Fraktionskämpfe geriet. Dieser an eine Organisationspaltung heranreichende Kurswechsel, der zu einer scharfen Linkswendung mit Frontstellung gegen den vorgeblichen „Sozialfaschismus“ der SPD führte, wurde mit bürokratischen Mitteln von der KPD-Führung eingeleitet und durch die Mobilisierung der theoretisch uninteressierten Ge-

fühlskommunisten und Parteisoldaten gegen den erheblichen Widerstand parteiloser Mitglieder und intellektueller Unterstützer sowie der im Funktionsapparat der Roten Hilfe stark vertretenen Anhänger der „rechten“ KPD-Opposition durchgesetzt.

Gerade das Beispiel der Roten Hilfe zeigt, dass weder primär der Einfluss der Komintern-Führung über den von Moskau finanzierten Hauptamtlichenapparat für die radikale Wandlung der deutschen kommunistischen Bewegung verantwortlich war, wie von Hermann Weber behauptet, noch der Linienkampf verschiedener Cliquen innerhalb der KPD, wie von Klaus Kinner vertreten, oder alleine die Widersprüche innerhalb des linksproletarischen sozialmoralischen Milieus, wie es Klaus-Michael Mallmann zur Diskussion gestellt hat. Vielmehr muss die Entwicklung des deutschen Kommunismus – wie von Eric Weitz gut herausgearbeitet – im Wechselverhältnis der politischen und ökonomischen Krise in Deutschland einerseits und einer durch eben diese Umstände radikalisierten Anhängerschaft der proletarischen Organisationen andererseits verstanden werden, die wiederum für die Eingriffe der Komintern-Führung einen günstigen Boden schufen. Die Reaktion der Roten Hilfe auf Ereignisse wie den „Berliner Blutmai“ von 1929 oder die Einrichtung von Schnellgerichten unter der Notverordnungsdiktatur 1932 verdeutlichen, dass es die praktische Erfahrung mit der Rolle der Sozialdemokratie im Staat sowie mit dem rapiden Abbau demokratischer Rechte war, die zu einer Radikalisierung kommunistischer Politik führten.

„Sanitätskorps“ der proletarischen Revolution

Als „Sanitätskorps“ (C. Zetkin) der proletarischen Revolution diente die Rote Hilfe dem physischen Erhalt des revolutionären Kaders. Wenn ein inhaftierter Kommunist sich nicht von seinen in Freiheit verbliebenen Kampfgenossen vergessen wähnte und die Gewissheit hatte, dass seine Familie unter der Obhut des Solidaritätswerkes stand, konnte die KPD auf seinen Verbleib in ihren Reihen hoffen.

Durch die Untersuchung des organisatorischen Aufbaus sowie der Zusammensetzung von Mitgliedschaft und Funktionsapparat wird herausgearbeitet, inwieweit der von der Roten Hilfe selbstproklamierte Anspruch der Überparteilichkeit eingelöst werden konnte. Tatsächlich machten bekennende Sozialdemokraten, Anarchisten und bürgerliche Demokraten niemals mehr als ein Prozent der Mitgliedschaft aus.

Dagegen wurde die Rote Hilfe während der Weltwirtschaftskrise zur Heimat parteiloser Linksradikaler, die von der KPD desillusioniert waren, die SPD aufgrund ihrer staatstragenden Rolle aber ablehnten. Überparteilichkeit bedeutete aus Sicht der KPD-Führung Offenheit für nichtkommunistische Mitglieder im Sinne einer „Einheitsfront von unten“ unter kommunistischer Führung.

Die Rote Hilfe und die SPD

Obwohl es auf Seiten der Sozialdemokratie mit der Roten Hilfe partielle Überschneidungen in der Justizkritik gab, untersagte die SPD-Führung unter Androhung des Parteiausschlusses ihren Mitgliedern die Mitarbeit in der als rein kommunistisch verstandenen Hilfsorganisation. Widersprüchlich war auch das Verhältnis links von der KPD stehender Kräfte zur Roten Hilfe. Wie an der Person des anarchistischen Dichters Erich Mühsam deutlich wird, variierte die Haltung zwischen grundsätzlicher Solidarität und scharfer Kritik aufgrund des Schweigens der Roten Hilfe zur Situation linker politischer Gefangener in der Sowjetunion. Trotz politischer Abgrenzung von der anarchistischen Linken im Sinne der KPD warb die Rote Hilfe durch großangelegte Kampagnen für den zu lebenslänglicher Haft verurteilten Rätekommunisten Max Hoelz oder gefangene Anhänger des von Karl Plättner inspirierten „organisierten Bandenkampfes“ um Unterstützung aus diesem Spektrum.

Thomas Mann, Albert Einstein und andere als Unterstützer

Die Arbeit der Roten Hilfe beruhte auf drei Säulen. Die erste war die Masse der einfachen Arbeiter, die als Mitglieder, Funktionäre und Spender die Organisation trugen. Das zweite Standbein waren etwa 300 Rechtsanwälte unterschiedlicher politischer Gesinnung. Ein Gesicht, dass bis weit in das demokratische Bürgertum wahrgenommen wurde, bekam die Rote Hilfe jedoch durch eine Reihe couragierter Intellektueller, die sich nicht scheuten, mit ihrem bekannten Namen für die Rote Hilfe oder einzelne ihrer Kampagnen zu werben. Das Spektrum dieser prominenten Unterstützer aus Kultur und Wissenschaft reichte von Parteikommunisten wie Johannes R. Becher und Egon Erwin Kisch über linke Einzelgänger wie dem Kunstmaler Heinrich Vogeler bis zu den republikanisch gesinnten Schriftstellern Heinrich und Thomas Mann. Mit Verweis auf das Schicksal „unschuldiger Kinder“ warb die Rote Hilfe eine Vielzahl von Prominenten, darunter auch den Physiknobelpreisträger Albert Einstein, für ein Kuratorium, das sich schützend vor die stän-

dig von der Schließung bedrohten Kindererholungsheimen in Worpswede bei Bremen und im thüringischen Elgersburg stellte. Aber auch mit dem Aufgreifen von Fällen staatlicher Kunst- und Literaturzensur – etwa während der Debatte um das Schmutz- und Schundgesetz – wurden Intellektuelle für die Anliegen der Roten Hilfe sensibilisiert.

Der Justizkrieg

Die Aktivität der Roten Hilfe ist untrennbar mit der Geschichte der Justiz in der Weimarer Republik verbunden. Gerichtssäle waren zu einem wesentlichen Ort der gesellschaftlichen Auseinandersetzung geworden, in denen sich die inneren Widersprüche der ersten parlamentarischen deutschen Demokratie in ebenso deutlicher Weise manifestierten, wie in den militanten Auseinandersetzungen während der Anfangs- und Schlussphase der Republik. Monarchistisch erzogene Richter aus dem Kaiserreich, die nach der Novemberrevolution von einer sozialdemokratischen Regierung im Amt belassen wurden, urteilten zum Schutze eines republikanischen Staates, den sie häufig innerlich ablehnten, über revolutionäre Aktivisten der Linken, die ihrerseits diesen Staat durch eine Räterepublik ersetzen wollten.

Die doppelte Zielstellung, konkrete Hilfe für die Opfer des Klassenkampfes zu leisten und neue Mitstreiter für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft zu gewinnen, zwang die Rote Hilfe auf einen schmalen Grat zwischen kompromissbereiter Reformpolitik, für die sie ein Bündnis mit nichtkommunistischen Juristen und Wissenschaftlern suchte, sowie einer auf die Entlarvung der Klassenjustiz abzielende Propaganda zur Sammlung von Kräften für den revolutionären Sturz des Systems.

Amnestiebewegungen und Internationalismus

Verbindendes Element in der Kampagnenätätigkeit der Roten Hilfe von 1921 bis 1933 war der Ruf nach Amnestie für alle „proletarischen politischen Gefangenen“. Amnestie wurde nicht als Gnadenakt, sondern als notwendige, durch außerparlamentarischen Druck zu erzwingende Korrektur der Rechtsprechung verstanden. Wenn zeitweilig über 7000 revolutionäre Aktivisten in den Gefängnissen der Weimarer Republik saßen und große Teile der KPD-Zentrale vom Damoklesschwert der Hochverratsklage bedroht ins Moskauer Exil oder die Illegalität gezwungen wurden, dann bildete die Amnestie eine Überlebensfrage für die Handlungsfähigkeit der kommunistischen Bewegung. Der Amnestiekampf ist zugleich als ein Spiegel für die Wandlungen der KPD-Politik zu verstehen, da im Mittelpunkt der jeweiligen Kampagne Symbolfiguren für die wechselnde Bündnispolitik der Kommunisten standen, von den Linksradikalen Erich Mühsam und Max Hoelz bis zum ehemaligen NS-Ak-

tivisten Richard Scheringer und dem Bauernführer Claus Heim.

Internationalismus gehört zu den Eckpfeilern des kommunistischen Selbstverständnisses. Vor allem der Roten Hilfe war es – zusammen mit der Internationalen Arbeiterhilfe – zu verdanken, dass die internationale Solidarität im linksproletarischen Milieu in Deutschland konkret erfahrbar wurde und nicht bei abstrakten Lippenbekenntnissen endete.

Weiterarbeit während des Faschismus und im Exil

Als einzige Nebenorganisation der KPD wurde die Rote Hilfe auch unter dem Nationalsozialismus bis kurz vor dem Krieg aufrechterhalten. Die Untersuchung der Aktivitäten der Roten Hilfe während dieser Zeit bringt neue Erkenntnisse über Möglichkeiten und Grenzen des antifaschistischen Widerstand in Deutschland. So erprobte die Rote Hilfe neben der klassischen illegalen Arbeit, wie dem Einschleusen antifaschistischer Literatur und der Übernahme politischer Aufgaben der KPD, auch sogenannte „legale“ Formen des Widerstandes. Wie aufgezeigt wird, unterwanderten Rote Helfer NS-Organisationen wie die Volkswohlfahrt, um unter dem Deckmantel des „loyalen Volksgenossen“ Gelder für die Familien politischer Gefangener als bedürftiger Glieder der „Volksgemeinschaft“ abzuweigen.

Bei den Bemühungen der Kommunisten zur Schaffung „antifaschistischer Einheits- und Volksfronten“ in Deutschland und den angrenzenden Ländern spielte die Rote Hilfe, die auf ihre langjährige Erfahrung der Bündnispolitik mit bis weit ins bürgerliche Lager reichenden Kräften zurückgreifen konnte, eine bis jetzt von der Forschung unterschätzte Schlüsselrolle als Bindeglied zu nicht-kommunistischen Teilen des Widerstands.

Warum Subskription? Dieses Buch entreißt nicht nur die größte proletarische Massenorganisation der Weimarer Zeit dem Vergessen. Durch die opulente Illustration mit Fotos und Faksimiles vermittelt es auch einen authentischen, sinnlichen Eindruck der Arbeit der Roten Hilfe. Für einen kleinen Verlag ist ein solches Buch im Großformat ohne sichere Vorbestellzahlen nicht zu finanzieren.

Subskriptionspreis 25.00 EUR (bis 30. April 2003) plus 1.30 EUR Porto, später 32.00 EUR

Erscheint im Mai 2003, sofern die notwendigen Vorbestellzahlen (ca. 200 Ex.) erreicht werden.

Bestellungen an:

Pahl-Rugenstein Verlag, Breite Str. 47, 53111 Bonn, Tel. 0228/632306 Fax 0228/634968 E-mail: prv@che-chandler.com Der Autor steht zu Veranstaltungen zur Verfügung

Elysée-Vertrag

Buchbesprechung von Franz-Karl Hitzte

Die einen bezeichneten ihn als Elysée-Vertrag, die anderen als deutsch-französisches Abkommen für Europa. Auch vom Schwungrad der europäischen Entwicklung oder vom deutsch-französischen Freundschaftsvertrag wird geschrieben oder gesprochen. Gemeint ist immer – ganz nüchtern bezeichnet – der „deutsch-französische Vertrag von 1963“, der am 22. Januar 1963 von Staatspräsident de Gaulle und dem damaligen Kanzler Konrad Adenauer im Elysée-Palast unterzeichnet wurde.

Der Entstehung, diplomatischen Anwendung und politischen Bedeutung in den Jahren 1958 bis 1969 widmete Manfred Steinkühler, Botschafter a.D., seine Studie gleichen Titels. Sie sei der erste Versuch, diesen Abschnitt der Vertragsgeschichte im Zusammenhang zu untersuchen.

Der Autor (Jahrgang 1929), der an der Sorbonne in Paris promovierte, teilt die Vertragsgeschichte in drei Perioden ein, „deren erste den Zeitraum vom 1963 bis



Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer

1969, deren zweite die Jahre von 1970 bis 1982 und deren dritte den Abschnitt von 1983 bis 1998 umfasst.“ Steinkühler forscht angesichts des 40. Jahrestages des Vertragswerkes in den Erinnerungen Adenauers, in Hinterlassenschaften Erhards, Kiesingers und Brandts. Dem Zeitzeugen Steinkühler, der die BRD von 1965 bis 1991 in den Auslandsvertretungen in Mailand, Bukarest, Rio de Janeiro, Rom, Paris und zuletzt als Generalkonsul in Mailand vertrat, standen ungedruckte Quellen des Goethe-Instituts sowie auch Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschlands und Archivalien des französischen Außenministeriums zur Verfügung. Ein umfangreiches Quellenstudium in der gedruckten politischen Literatur waren vorausgesetzt.

Schon im Vorwort widerspricht Steinkühler der weit verbreiteten und immer wiederholten These von einer „deutsch-französischen Erbfeindschaft“. Sie sei

„historisch nicht haltbar“, bemerkt der Autor. Er zitiert Carlrichard Brühl, der da meinte, die deutsch-französische Erbfeindschaft sei „eine Erfindung Maximilian I., die von den deutschen Humanisten willig aufgegriffen wurde“. In Wahrheit entsprang sie der dynastischen Rivalität der Häuser Habsburg und Valois. Steinkühler greift die These auf, dass der „Erbfeind“ Frankreichs im 14. und 15. Jahrhundert England und nicht Deutschland war. „Spezifisch deutsch-französische Gegensätze entwickelten sich“ nach seiner Meinung im 19. Jahrhundert aus dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 und dem Ersten bzw. Zweiten Weltkrieg. Der Autor schweift auch an anderen Stellen der Studie gern tief in die Geschichte der beiden Staaten ab. Das gute Recht eines Historikers. Die äußerst akribisch recherchierte Studie umfasst die Ära Adenauers, die Zeit der Regierung Erhard sowie die großen Koalitionen unter Kiesinger und Brandt.

Dabei wird herausgearbeitet, dass die im Vertrag vorgesehenen gegenseitigen Konsultationen in den Bereichen Außen- und Verteidigungspolitik und die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildungs- und Jugendpolitik zeitweilig Schwankungen unterlagen. In den Perioden von Divergenzen haben die regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs sowie der Außen-, Fachminister und hoher Beamter zum Meinungsaustausch beigetragen. Der deutsch-französische Vertrag, der vor wenigen Tagen von beiden Parlamenten und Regierungen in Paris und Berlin feierlich begangen wurde, ist deshalb völlig zu Recht „als Brücke für die Hinwendung Deutschlands zum Westen“ zu verstehen.

Während die Jugendlichen in Deutschland zu 75 Prozent ihr Wissen über das Nachbarland aus dem Fernsehen beziehen, trägt in Frankreich vor allem die Schule mit 67 Prozent zum Wissen über Deutschland bei. Angeblich, so ein Zeitungsbericht, sei das Bild der jungen Deutschen über Frankreich vor allem durch den Tourismus und die Gastronomie geprägt. Die jungen Franzosen verbinden das Erscheinungsbild ihrer Nachbarn mit den Ereignissen im Zweiten Weltkrieg und den deutschen Automarken. Dem Deutsch-Französischen Jugendwerk, das im Ergebnis dieses Vertragswerks gegründet wurde, steht für den Austausch von Jugendlichen beider Länder nur ein Jahresetat von 20 Millionen Euro zur Verfügung. Die Sprachkenntnisse des anderen Landes sind auf beiden Seiten zu gering. Es gibt also noch viel Arbeit, um das Vertragswerk von 1963 mit Leben zu erfüllen. Auch Steinkühlers Buch kann dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis im neuen Europa zu befördern.

Manfred Steinkühler, Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Verlag Dunker & Humblot, Berlin 2002, br. 212 Seiten, 18 Euro, ISBN 3-428-10767-5.

Eine Tragödie nimmt ihren Lauf

Die Biodiversitätspolitik der UN führt zu Privatisierung

von Martina Backes, iz3w

Die UN-Konvention über die biologische Vielfalt gilt bei vielen globalisierungskritischen Gruppen als Hemmnis für den Zugriff transnationaler Konzerne auf natürliche Ressourcen. Doch wird die mit dem Schlagwort „Biopiraterie“ gegeißelte private Naturaneignung tatsächlich durch dieses Vertragswerk behindert? Oder ist die Konvention im Gegenteil ein Motor der kapitalistischen Globalisierung?

„Nicht überall, wo bio drauf steht, ist auch bio drin.“ Immer häufiger kritisieren globalisierungsskeptische Gruppen mit diesem Slogan die internationale Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) der UN. „Use it or lose it“ hingegen tönt die Devise vieler umwelt- und entwicklungspolitischer Lobby-NGOs, die lieber auf das „kleinere Übel“ setzen, als ihren hart erkämpften Einfluss aufzugeben, den die UN im Rahmen der Umweltpolitik erlaubt. Doch gemeinsam ist diesen beiden Positionen, dass sie die Zahnlosigkeit der CBD und die schwache Stellung der Umweltpolitik gegenüber der Welthandelsorganisation WTO beklagen.

Die Verabschiedung der CBD als völkerrechtlich verbindliche Konvention gilt – neben der Klimarahmenkonvention – als erste Konkretisierung des politischen Programms, das in der 1992 beim Weltumweltgipfel verabschiedeten Agenda 21 und der Erklärung von Rio formuliert worden war. Das Übereinkommen entwirft einen politischen und rechtlichen Rahmen, der es den inzwischen 168 Unterzeichnerstaaten zur Aufgabe macht, die biologische Vielfalt zu

schützen, sie nachhaltig zu nutzen sowie Regeln aufzustellen, um die von den Nutzern der Vielfalt erzielten wirtschaftlichen Vorteile gerecht mit den Anbietern zu teilen. Trotz der proklamierten Gleichrangigkeit dieser drei Ziele dominiert in der öffentlichen Wahrnehmung der Schutzaspekt. Ursprünglich als bloßer Abstimmungsprozess zwischen existierenden Umweltabkommen geplant, avancierte die CBD zum Hoffnungsträger der Ökobewegung. Der Wunsch, Umwelt- und Naturschutz mit der CBD zu bündeln und ihnen durch völkerrechtliche Absicherung zum Durchbruch zu verhelfen, dominiert bis heute die Vorstellung, bei der CBD handle es sich um klassischen „Artenschutz“.

Gretchenfrage ohne Relevanz

Wenn das CBD-Vertragswerk jetzt laut NGOs und globalisierungskritischer Bewegung „nicht hält, was es verspricht“, drängen sich gleich mehrere Fragen auf: Wurden nicht von vornherein falsche Erwartungen an die Konvention geknüpft? Waren Problemdefinitionen wie etwa die „Erosion der biologischen Vielfalt“ und die damit einher gehende „globale Bedrohung“, die proklamierte „Knappheit“ infolge von „Übernutzung“ oder „Bevölkerungswachstum“ tatsächlich die treibenden Kräfte beim Zustandekommen der Konvention? Warum sind die besitzrechtlichen Verhältnisse an der Natur und den Kenntnissen über sie zum wichtigen Gegenstand der Biopolitik geworden? Warum überhaupt erschien die CBD als Instrument gegen eine auf Verwertung der Natur ausgerichtete neoliberale Politik geeignet?

Um es vorweg zu nehmen: Der internationalen Biopolitik ist nicht Wir-



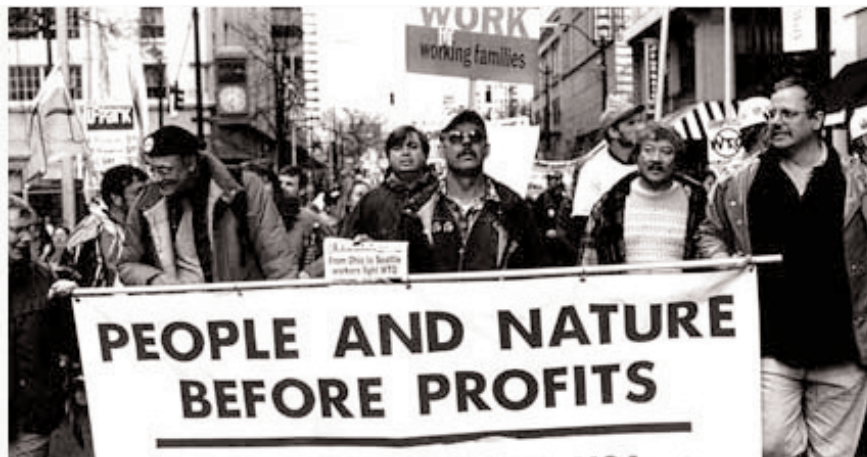
Britische Tierschützer demonstrieren gegen die WTO

kungslosigkeit, sondern im Gegenteil ihre Wirkungsmacht im destruktiven Sinne vorzuwerfen. Es gibt Grund genug zur Annahme, dass das internationale Umweltabkommen und UN-Vertragswerk CBD nicht wie erhofft die negativen Auswirkungen der grenzenlosen ökonomischen Verwertung von Natur reduzierte, sondern selbst zum Motor kapitalistischer Globalisierung geworden ist. Wie konnte es dazu kommen?

Schon 1992 in Rio stand nicht allein der aktive Schutz bedrohter Naturgebiete auf der Tagesordnung, sondern mit der Agenda 21 eine technokratische Entwicklungsstrategie, in der auch die Liberalisierung des Handels Platz hat. Die CBD widmete sich dann folgerichtig nicht der Gretchenfrage der Umweltbewegung, wo und wie biologische Vielfalt genutzt werden dürfe. Priorität gewann vielmehr der Konflikt darüber, wer Zugang erhalten und wer für eine Übernutzung bezahlen müsse. Das „grüne Gold“ rückte um so mehr ins Rampenlicht der Entwicklungsexperten, je deutlicher wurde, dass die biologische Vielfalt vor allem im Süden verortet ist, während das Know-How zur marktkonformen Nutzung weithin bei den Industrieländern liegt. Da aber auch traditionelles Wissen über Heil- und Nutzpflanzen für Pharma- und Saatgutindustrie eine wertvolle geistige Ressource darstellt, sind transnational agierende Akteure aus dem Norden auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen im Süden angewiesen – eine ungewohnte Ausgangslage. Sie führte dazu, dass die Fragen nach dem Zugang zu Biodiversität (access) sowie nach dem gerechten Ausgleich der Nutzungs-Vorteile (benefit sharing) zu den umstrittensten gehören.

Leichtfertige Schlüsse

In großen Teilen der Umweltbewegung bewirkte die Debatte über Zugangs-, Verfügungs- und Besitzrechte natürlicher Ressourcen eine Stärkung des Privatisierungsgedankens. Kollektiver Gemeinschaftsbesitz kam insbesondere durch die von Garret Hardin bereits 1968 proklamierte „Tragedy of the Commons“ (Tragödie der Allmende) in den Verdacht, Mitverursacher der Naturzerstörung zu sein. Hardins Interesse galt, obwohl er seine Schlüsse aus der kleinbäuerlichen Weidewirtschaft zog, den globalen öffentlichen Umweltgütern wie Meeren, Klima und Regenwäldern. Er leitete den maßlosen Verbrauch von Umweltgütern und die daraus resultierende Knappheit an Ressourcen von der Formel „was gemeinsam besessen wird, wird gemeinsam vernachlässigt“ ab: Da individueller Profit gegenüber dem gemeinschaftlich zu teilenden Schaden dem Einzelnen Vorteile biete, bestimme der Egoismus das Verhalten gegenüber kollektiv zugänglicher Natur. Aus dieser simplifizierenden Einschätzung wurde von Umweltpolitikern leichtfertig der Schluss gezogen, das diesem Egoismus entspringende Risiko gäl-



te es zu individualisieren. Klare (private oder staatliche) Eigentumsrechte seien unverzichtbare Voraussetzung dafür, die Natur vor menschlicher Zerstörung zu bewahren. Erst wenn auch der Schaden individuell getragen werden müsse, sei der Anreiz zum nachhaltigen Wirtschaften gegeben.

Mittels dieser Logik wurden auch von Umweltorganisationen nationale Regelungskompetenzen bis hin zur Vergabe von privaten Besitztiteln als unverzichtbar für einen erfolgreichen Ressourcenschutz deklariert. Ergänzend warben Neomalthusianer mit dem Szenario einer drohenden „Bevölkerungsexplosion“ und der damit eingeleiteten Tragödie der Gemeingüter für das private Eigentum. Diese Haltung koalierte durchaus mit den Interessen der wachstumsorientierten Ressourcen-Nationalisten (Heins 2002) im Süden, die nach dem Modell der nachholenden Entwicklung eigene Inwertsetzungspläne hatten, wie die Gruppe der 77. Dabei gab es durchaus Interessensdifferenzen: Westliche Umweltschutzorganisationen wie der WWF, die Zentren hoher biologische Vielfalt internationalisieren wollten und damit Anspruch auf die im Süden verortete Vielfalt erhoben, konnten sich nicht gegen die ökonomischen Entwicklungsinteressen der Gruppe der 77 durchsetzen.

An der Verhinderung des „Raubs“ biologischer Vielfalt war aber der globale Umweltschutz ebenso interessiert wie die nationale Entwicklungspolitik. Sie fanden schließlich im Common-Concern-Prinzip zusammen. Danach verfügt nun jedes Land über seine biologischen Ressourcen, verpflichtet sich jedoch zugleich, diese „nachhaltig“ und „unter Berücksichtigung der Bedürfnisse anderer Länder und künftiger Generationen“ zu nutzen. Mit der CBD wurden jene Umweltgüter, die noch in den 80er Jahren pathetisch von der internationalen Naturschutzorganisation IUCN zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit“ erklärt worden waren, unter die Souveränität der Staaten gestellt. Während allerorten der Kompetenzverlust des Staates beklagt (oder befürwortet) wird, erfährt nationale Souveränität in der Biopolitik eine Stärkung.

Zugleich öffneten sich mit dieser Option die Tore für privatwirtschaftliche Interessen. Die kapitalistische Verwertung der biologischen Vielfalt, die infolge einer rasanten Technologieentwicklung in der Biologie während der letzten 20 Jahre zur strategischen Ressource für die boomende life-science Industrie wurde, funktioniert nur bei Planungssicherheit. Das private Kapital benötigt einen stabilen rechtlichen Rahmen, der verhindert, dass biotechnologische Produkte frei verfügbar sind und unbegrenzt kopiert werden. Dazu sind Gesetze unverzichtbar, deren Erlass und Einhaltung nur von nationalen Gesetzgebern gewährleistet werden können.

Biopiraten auf TRIPS

Während der Begriff der „Knappheit“ im Umweltschutz zur Aufgabe des Allmende-Prinzips geführt hat, werben industrielle Interessenvertreter mit der Behauptung vom „Überfluss“ für private Rechte an der biologischen Vielfalt. Diese Umkehrung liegt darin begründet, dass viele bio- und gentechnologische Produkte als eine zur Selbstreplikation fähige Materie potenziell unbegrenzt nutzbar sind – auch jenseits der Kontrolle der Unternehmen. Die Faustregel, dass biotechnologische Innovationen teuer zu entwickeln, aber billig zu duplizieren sind (etwa durch Saatgutvermehrung), nährt das Interesse von Unternehmen an einer künstlichen Verknappung. Und diese soll über geistige Eigentumsrechte in Form von Patenten gewährleistet werden, womit erneut die nationale Gesetzgebung ins Spiel kommt. Mittels Internationalisierung von Patenten und Bioprospektierungsverträgen will sich die Industrie gegen Regierungen wehren, die das Kopieren von Markenartikeln oder Saatgut zulassen und so der illegalen Aneignung wirtschaftlicher Vorleistungen der Industrieländer Schützenhilfe leisten.

Von oppositionellen sozialen Bewegungen werden solche protektionistischen, besitzrechtlichen Instrumente hingegen mit dem Schlagwort „Biopiraterie“ bezeichnet und als herrschaftliche Aneignungsformen zugunsten des privaten Kapitals verurteilt. Damit sind Pa-

tentrechte und andere Schutzsysteme für geistiges Eigentum an biologischen Ressourcen zum zentralen Konfliktthema der internationalen Biopolitik geworden. Sie werden nicht allein in der CBD, sondern von einer Reihe anderer internationaler Abkommen geregelt. Entscheidend ist dabei das Verhältnis der CBD zum Internationalen Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (ITPGR), die unter der Ägide der Welternährungsorganisation (FAO) den Bereich Kulturpflanzenvielfalt regelt sowie zum Abkommen über handelsbezogene Rechte am geistigen Eigentum (TRIPS) unter der Welthandelsorganisation WTO.

Die Grundidee des TRIPS sind globale Standards im Patentschutz. Nach dieser Rechtsauffassung können nur juristische Individuen, also Einzelpersonen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen Patente erwerben. Das TRIPS fordert die Staaten auf, ein verschärftes Sortenschutzrecht für Nutzpflanzen zu gewähren. Damit werden die Rechte der Züchter, also primär der Saatgutindustrie in den Vordergrund gerückt. Das ITPGR hingegen behandelt unter dem Stichwort „Farmers' Rights“ auch die geistigen Eigentumsrechte der Bauerngemeinschaften an ihrem Saatgut. Und auch in der CBD sind die geistigen Eigentums-, Besitz- und Nutzungsrechte von indigenen und lokalen Gemeinschaften formuliert. So finden mit den beiden UN-Abkommen CBD und ITPGR auch kollektive Rechte eingeschränkt Anerkennung, etwa das traditionelle, geteilte Wissen über Heilmethoden und die Vorleistungen von Generationen bäuerlicher Gemeinschaften an einigen Kulturpflanzen (64 von 18.000 genutzten Arten).

Allerdings ist der erhoffte Schutzcharakter der beiden UN-Vertragswerke fraglich. Die WTO ist im Zweifelsfall wesentlich durchsetzungsfähiger. Zudem bauen die Regeln des TRIPS letztlich auf die in der CBD vereinbarten Souveränität der Staaten bezüglich „ihrer“ biologischen Vielfalt auf. Ohne dieses Prinzip hätten die Forderungen nach Patent- und Sortenschutz keine völkerrechtliche Grundlage für ein staatlich zu gewährendes Recht. Hier kollaborieren die scheinbar konkurrierenden Verträge, indem das eine Vertragswerk die Forderung des anderen erst sinnig und durchsetzungsfähig macht.

Ganz neue Partnerschaften

Doch die Vorstellung vieler NGOs, die CBD habe den Schutz kollektiver Nutzungsrechte zum Ziel, scheitert auch an der CBD selbst, wie ein Blick auf den Vertragstext zeigt. Der Paragraph 8(j) der CBD, der die „besondere Bedeutung“ der indigenen Bevölkerung anerkennt und auf den sich alle Hoffnungen stützen, untersteht dem Kapitel zum in-situ-Schutz, das den Erhalt der Biodiversität „innerhalb der natürlichen Lebensräume“ regelt. Das plötzliche Interesse an

den „indigenen und lokalen Gemeinschaften“ ist also keineswegs uneigennützig. Auch die Umweltorganisationen sehen in den „Indigenen“ vor allem die „Hüter der biologischen Vielfalt“. Deren Rolle wird aus einem vermeintlichen Allgemeininteresse an der „Rettung des Planeten“ definiert. Doch die Motive marginalisierter indigener Bevölkerungsgruppen im globalen Schutz der Umweltgüter zu verorten, ignoriert deren Problemlagen. Die Vertreter globalen Naturschutzes sitzen eben nicht „in einem Boot“ mit denjenigen, deren Armut zugleich als potenzielle Bedrohung für die Naturressourcen gesehen wird.

Als Lösung für beide Probleme, die Armut und die „Erosion biologischer Vielfalt“, bot sich die „Inwertsetzung“ letzterer an. Das für die Umsetzung der CBD in Deutschland zuständige Bundesamt für Naturschutz definiert die Rolle der Indigenen folgerichtig so: „Der Beitrag indigener und traditionell lebender lokaler Gemeinschaften zu Schutz und nachhaltiger Nutzung der biologischen Vielfalt geht (...) weit über ihre Rolle als Verwalter natürlicher Ressourcen hinaus. Ihre Fertigkeiten und Techniken liefern der Weltgemeinschaft wertvolle Informationen und hilfreiche Vorbilder für die Biodiversitätspolitik.“ Im Rahmen einer solchen neuen politischen Rationalität, die Umweltnormen und Werte biologischer Vielfalt mit marktkonformen Entwicklungsprogrammen kombiniert, entstehen neue „Partnerschaften“: Lokale Bevölkerungsgruppen werden mit Pharmakonzernen in eine Schützen-durch-Nutzen-Politik integriert – und das in einem politischen Umfeld, das freien Handel und die Umsetzung anderer neoliberaler Maxime garantiert.

Gerade dieses neue gesellschaftliche Naturverhältnis hat es verdient, wegen seiner paternalistischen und herrschaftlichen Prinzipien kritisiert zu werden. Doch gefangen in einer Imperialismuskritik herkömmlicher Lesart, bekämpfen viele NGOs nach wie vor die zwei Hauptformen des kolonialistischen Umgangs mit dem Lebensraum Natur: den „Raubbau“ der Industriestaaten an den Naturressourcen und das isolierende Bewahren von Naturgebieten unter Ausgrenzung des Menschen. Die neuen konsensual hergestellten Formen der Ausbeutung von Mensch und Natur geraten dabei aus dem Blick.

Das Bedürfnis der indigenen Bevölkerung nach Anerkennung von Wissen, Besitz und Landrechten ist berechtigt. Es trifft allerdings auf Umweltdiskurse, die der Romantisierung naturharmonischen Lebens aufsitzen: ökofeministische Positionen, ein auf ethnifizierende Kategorien fußendes Engagement für „bedrohte Völker“ oder kulturalistische Projektionen (ethno)nationalistischer Bewegungen in den ehemals kolonisierten Ländern. Bei aller Unterschiedlichkeit der Akteure und ihrer Motive nimmt der Konflikt über biologische Vielfalt eine identitäre

Dimension an, die ihrerseits als Mobilisierungsquelle von Bewegungen und Protesten genutzt wird. In diesem Sinne trägt der Eigentumskonflikt zu einer Globalisierung identitärer Naturverständnisse bei. Die Voraussetzungen dafür wurden nicht zuletzt mit der CBD geschaffen.

Parallel dazu schreitet mittels der CBD die Kommodifizierung der Biodiversität voran. Das freie Spiel von Investoren, die durch ihre Geschäftstätigkeit erst die Warenförmigkeit biologischer Vielfalt herstellen, mag zwar vornehmlich durch die Politik der WTO gefördert werden. Doch die Prozesse und Diskurse, die die für Investitionen attraktiven Gegenstände erschaffen und das Wissen darüber kommunizieren, werden ganz wesentlich durch die von der CBD initiierten Programme angekurbelt. Die „riesige biologische Kapitalanhäufung“, deren „Wert sich wohl kaum überschätzen lasse“, so der 1980 veröffentlichte Bericht „Global 2000“ an den US-Präsidenten über einen damals noch diffusen Gegenstand, nimmt mit der CBD konkrete Gestalt an.

Statt diese sich neu formierenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu kritisieren, beklagen viele umwelt- und entwicklungspolitisch Engagierte allein die ungleiche Durchsetzungsfähigkeit des UN-Abkommens und der WTO-Regeln. Die Umweltlobby fordert daher die Einrichtung einer Weltumweltorganisation (WEO). Diese Noch-Utopie, die in mehreren Ministertreffen zur Internationalen Umwelt-Governance bereits konkretisiert wurde, impliziert eine Stärkung des Staates, der Schutzmaßnahmen durchzusetzen hat. Strukturelle Änderungen der transnationalen Ökonomie stehen hingegen nicht zur Debatte. Um so bedenklicher stimmt das von Kofi Annan bei der Rio+10-Konferenz eingebrachte global-concern-Prinzip, wonach die UN-Mitglieder ihre gegenseitige Verwundbarkeit anerkennen und in einem gemeinsamen Deal die Länder des Nordens den Süden mit liberaler Handelspolitik, Technologietransfer, Investitionen und Schuldenerlass unterstützen sollen. Diese Konstruktion würde eine WEO dazu legitimieren, „good governance“ und umweltpolitisches Wohilverhalten zur Bedingung für den Transfer von Sachverstand und Kapital zu machen. Derart institutionalisierte Biopolitik globalisiert nicht nur ökonomische, sondern auch machtpolitische Hierarchien.

Literatur:

- Nijar, Gurdial Singh (2001): Zugang zu genetischen Ressourcen und traditionellen Wissenssystemen. In: Klaffenböck, Gertrude; Lachkovics, Eva; Südwind Agentur (Hg.): Biologische Vielfalt. Wer kontrolliert die globalen genetischen Ressourcen? Frankfurt/Wien S. 161-179.
- Volker Heins: Der neue Transnationalismus. Frankfurt, 2002.

Martina Backes ist Mitarbeiterin im *iz3w*, der Artikel ist erschienen in der *iz3w* 265, November 2002, www.iz3w.org.
Quelle: www.biopiraterie.de

28. Februar bis 1. März, Loccum: Loccumer Tagung: *Alternativ Arbeiten und Wirtschaften*. Kassel-Fuldatal, Reinhardswaldschule, Jahrestagung der Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen über soziale und demokratische Formen des Arbeitens und Wirtschaftens in internationaler Perspektive. „Formen alternativen Arbeitens und Wirtschaftens, wie sie in der Bundesrepublik seit den 70er Jahren erprobt werden, finden eher unbemerkt in gesellschaftlichen Nischen statt und haben bisher keine nachhaltigen Impulse geben können. Eine Verbreitung der theoretischen Diskussion über praktikable Alternativen zu den vorherrschenden wirtschaftlichen Paradigmen hat bisher nicht stattgefunden.“ TeilnehmerInnen sind u.a.: Michael Krätke, Irmtraud Schlosser, Clarita Müller-Plantenberg, Elisabeth Voß und Waldemar Schindowski. Anmeldung: www.gfp-linkloc.de loccumer.initiative@gmx.de

1. / 2. März, Magdeburg: Bundestreffen der PDS AG Betrieb & Gewerkschaft

2. März: Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

14.-16. März, New York: *Socialist Scholars Conference*. Cooper Union, New York, 20. Jahreskonferenz von mehr als 2000 sozialistischen Wissenschaftlern, Radikaldemokraten, Gewerkschaftsvertretern u.a. linken Aktivisten. Hauptthemen sind die Strategiedebatte nach den Antiglobalisierungs demonstrationen der beiden letzten Jahre sowie die Gegenwehr gegen unsolidarische Sozialpolitik, die Angriffe auf zivile Freiheiten nach dem 11.9.2001 und Folgen bzw. Begleitumstände des „Kriegs gegen den Terrorismus“. TeilnehmerInnen sind u.a.: Bill Fletcher, Peter Gowan, Bob Jessop, Saskia Sassen, Barbara Epstein, Doug Henwood. Anmeldung/Infos: www.socialistscholar.org info@socialistscholars.org

21. März: Europaweiter Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zur Aufklärung über das GATS

22. März, Hannover: Regionale Basiskonferenz der PDS-Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen

22./23. März, Prag: Internationale Konferenz: „Wir alle brauchen eine dauerhafte und sichere Friedensordnung in Europa“. Veranstalterin: Tschechische Friedensgesellschaft. Näheres in den Deutsch-Tschechischen Nachrichten. Anmeldung über eMail: czechpeace@volny.cz

28.-30. März, Frankfurt: IPPNW-Mitgliederversammlung, Frankfurter Bürgertreff Gutleut. Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166. E-Mail: ipnw@ipnw.de Internet: <http://www.ipnw.de>

5. April, Nürnberg oder Gera: Regionale Basiskonferenz der PDS-Landes-

verbände Bayern, Sachsen, Thüringen

26.-27. April, Berlin: *Auf dem Weg zum Europäischen Sozialforum in Paris*. Vorbereitungstreffen für das Europäische Sozialforum im November 2003 in Paris. Von der französischen Vorbereitungsgruppe wurden vier Achsen vorgeschlagen, um die sich die Veranstaltungen in Paris inhaltlich gruppieren sollen: 1) „Für ein Europa des Friedens und der Solidarität“; 2) „Für ein soziales und demokratisches Europa“; 3) „Für ein Europa nachhaltiger und solidarischer Entwicklung“; 4) „Für ein demokratisches Europa der Information, der Kultur und der Bildung, für eine Ethik der Wissenschaft“, Infos und Kontakt: www.dsf-gsf.org braun.d@t-online.de

26./27. April, Fulda: Jahresversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Samstag Beginn 11.30 Uhr

10. Mai, Rostock: Regionale Basiskonferenz der PDS-Landesverbände Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig Holstein

24. Mai, Berlin oder Potsdam: Regionale Basiskonferenz der PDS-Landesverbände Berlin, Brandenburg

25. Mai, Bremen: Bürgerschaftswahlen

1.-3. Juni 2003, Evian: *G7/G8 Gipfel* in Evian, Frankreich

7.-10. August, Sondershausen: *Linke Sommerschule* der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

21. September, Bayern: Landtagswahlen

4. Europäischer Kongress zur Friedenserziehung

als Beitrag zur „Dekade zur Kultur des Friedens“ und zur „Dekade der Menschenrechtserziehung“ der UNESCO

Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich!

30. Juni – 4. Juli 2003

Hamburg, Curio-Haus (GEW-Haus)

Aus dem Programm:

- Eröffnungsplenum, Kennenlernparty
- Präsentationen von Schulen und Einrichtungen, z. B. Das globale Friedenserziehungsprogramm des Haager Appells, Das Leben in Frieden- miteinander, mit der Natur (Ostslavonien), Friedensaktionen von Schulen (Ukraine),
- Streitschlichter- und Mitbestimmungprojekte an Grundschulen (Schweiz), Friedensunterricht an Schulen, Hochschulen und pädagogischen Einrichtungen in Hamburg.

- Round Tables: 1. Menschenrechte und die Kultur des Friedens
- 2. Globalisierung, Allg. Dienstleistungsabkommen (GATS) und der soziale Frieden
- 3. Friedenserziehung und Gewaltlosigkeit
- 4. US – Empire, Hegemonie und Europa
- Workshops: Neutralität heute (Österreich), Toleranz und Gewaltfreiheit (BRD),
- Die Rolle der Friedenerziehung in neuen Demokratien (Lateinamerikanische Sicht)
- Die „case study“ Methode in der Friedenserziehung (Russland), Wasserprojekt (BRD),
- Life – Skills – Erziehung zum Leben (BRD), Friedenscurriculum (Schweiz)
- Pädagogisches Theater als Friedensarbeit (BRD)
- Einstellungen für politisches Handeln mit Bezug auf Afghanistan, Irak und Iran (BRD)
- Menschen- und Kinderrechte in der Ukraine, Mobbing in der Schule (BRD),
- Die soziale Situation von Kindern im Transformationsprozess vom Sozialismus zum Kapitalismus (Rumänien, Georgien,

Russland, BRD)

- Informationsrunden: Aids und Frieden (Beispiel Südafrika HO-KISA), Agenda 21
- Entschädigung von Kriegsoffern (Beispiel Klage der Opfer aus Vavarin) Kampagnen gegen Landminen, Kleinwaffen, Nuklear- und B- und C- Waffen, GATS
- Parallele „Zukunftswerkstätten“ zu: Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit, Pazifismus, Zivilcourage, Rassismus, Terrorismus, Globalisierung, Mediation, Migration, Friedenserziehung in Kriegszeiten, Minderheitenrechte, Rolle internationaler Organisationen und NGOs, Gender Mainstreaming, Wettrüsten und Rüstungsexporte, die Rolle der PädagogInnen
- Treffen von PädagogInnengewerkschaftern für den Frieden
- Erkundungen, z. B. Alternative und Antimilitaristische Hafenrundfahrten, Museum der Arbeit, KZ Neuengamme, E. Thälmann – Gedenkstätte, Problemstadtteil St. Georg
- Treffen mit örtlichen Friedensgruppen, Wendland -Tour)
- Schlussplenum, Abschiedsparty

Veranstalter: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Lvb. Hamburg Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) E-mail: nolzpoppp@t-online.de – Sprecher

International Association of Educators for Peace (IAEP), Sitz Paris UNESCO -Partner im Jahr 2000 der Friedenskultur, UNO „Peace Messenger“ 1986 (Gefördert durch das Bildung- und Förderungswerk der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)

Anmeldung, Programm: Kongressbüro GEW Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 040/44 73 49, Fax: 450 46 58, e-mail: peacecongress@gew-hamburg.de

Information: Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg, Tel.+Fax: 040/6015212 E-mail: horst.bethge@t-online.de Hartmut Ring, Gellertstr. 29, 22301 Hamburg, tel.+Fax: 040/2792353 E-mail: ppf@ecolink.org Kongress – Web: <http://www.ppf-germany-congress.org>